

# „Alles im Blick haben.“

Die umfassende Altersvorsorge der **VBL**.  
**VBL**. Der Geschäftsbericht 2009.



VBL

Versorgungsanstalt des  
Bundes und der Länder  
Karlsruhe

## VBL auf einen Blick. Gesamtübersicht. Stand 31.12.2009.

Beteiligte	2005 Anzahl	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl	08/09 %	05/09 %
Bund und beteiligte Länder	15	15	15	15	15	0,0	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.708	1.706	1.709	1.680	1.671	-0,5	-3,2
Träger der Sozialversicherung	100	89	87	85	83	-2,4	-21,0
sonstige Arbeitgeber	3.565	3.598	3.631	3.626	3.581	-1,2	+0,7
Teilbeteiligte*	44	44	44	44	44	0,0	0,0
	5.432	5.452	5.486	5.450	5.394	-1,0	-0,1

Versicherte	2005 Anzahl	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl	08/09 %	05/09 %
<b>Pflichtversicherte</b>							
Bund	164.683	159.661	154.592	151.155	147.474	-2,4	-13,6
Länder	775.169	753.364	678.706	665.439	674.257	+1,3	-15,5
kommunale Arbeitgeber	202.319	198.921	197.270	198.052	191.676	-3,2	-8,7
Träger der Sozialversicherung	93.813	91.466	86.092	84.570	83.371	-1,4	-12,7
sonstige Arbeitgeber	590.914	604.479	683.663	697.012	731.299	+4,9	+27,2
<b>Gesamt</b>	1.826.898	1.807.891	1.800.323	1.796.228	1.828.077	+1,8	-1,1
<b>Beitragsfrei Versicherte</b>	2.212.200	2.256.917	2.289.140	2.332.376	2.357.534	+1,1	+8,9
<b>Verträge Freiwillige Versicherung</b>	99.342	123.144	160.089	189.288	215.890	+14,1	+117,3

Betriebsrenten	2005 Anzahl	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl	08/09 %	05/09 %
Aus aktiver Versicherung	928.259	937.322	948.852	966.469	977.579	+1,1	+5,3
Aus beitragsfreier Versicherung	110.641	118.336	126.604	137.261	146.337	+6,6	+32,3
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	26.863	26.644	26.478	26.731	26.626	-0,4	-0,9
<b>Aus Pflichtversicherung gesamt</b>	1.065.763	1.082.302	1.101.934	1.130.461	1.150.542	+1,8	+8,0
<b>Aus Freiwilliger Versicherung</b>	188	371	664	1.018	2.029	+99,3	+979,3

Erträge und Aufwendungen	2005 Mio. €	2006 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	08/09 %	05/09 %
<b>Erträge</b>							
Umlageaufkommen <sup>1</sup>	4.349,3	4.452,1	4.378,9	4.823,8	5.065,3	+5,0	+16,5
Kapitalerträge	544,8	551,4	562,3	613,4	824,1	+34,3	+51,3
<b>Summe</b>	4.894,1	5.003,5	4.941,2	5.437,2	5.889,4	+8,3	+20,3
<b>Aufwendungen</b>							
Leistungen <sup>2</sup>	4.117,5	4.165,6	4.246,7	4.333,6	4.409,7	+1,8	+7,1
Kapitalaufwendungen	75	138,6	180,4	380,7	320,7	-15,8	+327,6
<b>Summe</b>	4.192,5	4.304,2	4.427,1	4.714,3	4.730,4	+0,3	+12,8
<b>Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen</b>	-247,4	-222,7	-327,1	-526,0	-564,7	+7,4	+128,3

Vermögen	2005 Mio. €	2006 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	08/09 %	05/09 %
Anlagevermögen <sup>3</sup>	9.275,8	8.059,7	9.298,0	10.010,6	10.961,7	+9,5	+18,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.553,3	4.552,0	3.903,5	3.948,3	4.100,0	+3,8	+60,6
<b>Bilanzsumme</b>	11.829,1	12.611,7	13.201,5	13.958,9	15.061,7	+7,9	+27,3

\* Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

<sup>1</sup> einschließlich „Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge“ sowie „Überleitungen“

<sup>2</sup> Zahlungen für Leistungen einschließlich „Überleitungen“

<sup>3</sup> einschließlich „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern“

Pflichtversicherung nach umlagefinanzierten Abrechnungsverbänden. Stand 31.12.2009.

Beteiligte	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2008	2009	08/09	2008	2009	08/09
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bund und beteiligte Länder	10	10	0,0	5	5	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.680	1.671	-0,5	-	-	
Träger der Sozialversicherung	77	74	-3,9	8	9	+12,5
sonstige Arbeitgeber	44	44		-	-	
Teilbeteiligte*	3.350	3.307	-1,3	276	274	-0,7
<b>Beteiligte gesamt</b>	<b>5.161</b>	<b>5.106</b>	<b>-1,1</b>	<b>289</b>	<b>288</b>	<b>-0,3</b>

Pflichtversicherung	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2008	2009	08/09	2008	2009	08/09
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
<b>Aktiv Versicherte</b>						
Bund	122.993	120.220	-2,3	28.162	27.254	-3,2
Länder	449.426	461.989	+2,8	216.013	212.268	-1,7
kommunale Arbeitgeber	198.046	191.671	-3,2	6	5	-16,7
Träger der Sozialversicherung	65.863	64.734	-1,7	18.707	18.637	-0,4
sonstige Arbeitgeber	594.461	623.497	+4,9	102.551	107.802	+5,1
<b>Gesamt</b>	<b>1.430.789</b>	<b>1.462.111</b>	<b>+2,2</b>	<b>365.439</b>	<b>365.966</b>	<b>+0,1</b>
<b>Beitragsfrei Versicherte</b>	<b>2.133.992</b>	<b>2.151.862</b>	<b>+0,8</b>	<b>198.384</b>	<b>205.672</b>	<b>+3,7</b>

Betriebsrenten	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2008	2009	08/09	2008	2009	08/09
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aus aktiver Versicherung	895.785	897.498	+0,2	70.684	80.081	+13,3
Aus beitragsfreier Versicherung	129.109	136.867	+6,0	8.152	9.470	+16,2
Nach § 83 VBLs (§ 105b d. S. a. F.)	205	202	-1,5	26.526	26.424	-0,4
<b>Gesamt</b>	<b>1.025.099</b>	<b>1.034.567</b>	<b>+0,9</b>	<b>105.362</b>	<b>115.975</b>	<b>+10,1</b>
<b>Verhältnis aktiv Versicherte zu Renten gesamt</b>	<b>1,40:1</b>	<b>1,41:1</b>		<b>3,5:1</b>	<b>3,2:1</b>	

Erträge und Aufwendungen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2008	2009	08/09	2008	2009	08/09
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
<b>Erträge</b>						
Umlageaufkommen <sup>1</sup>	4.229,0	4.422,0	+4,6	163,4	169,6	+3,8
Kapitalerträge	368,0	490,0	+33,2	74,8	115,2	+54,0
<b>Summe</b>	<b>4.597,0</b>	<b>4.912,0</b>	<b>+6,9</b>	<b>238,2</b>	<b>284,8</b>	<b>+19,6</b>
<b>Aufwendungen</b>						
Anstaltsleistungen <sup>2</sup>	4.125,9	4.197,3	+1,7	115,5	132,5	+14,7
Kapitalaufwendungen	348,7	287,4	-17,6	0,6	0,7	+16,7
<b>Summe</b>	<b>4.474,6</b>	<b>4.484,7</b>	<b>+0,2</b>	<b>116,1</b>	<b>133,2</b>	<b>+14,7</b>
<b>Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen</b>	<b>-75,7</b>	<b>-58,8</b>	<b>-22,3</b>	<b>-8,5</b>	<b>-8,3</b>	<b>-2,4</b>

Verfügbares Vermögen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2008	2009	08/09	2008	2009	08/09
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Rückstellung für Pflichtleistungen	6.862,4	7.230,8	5,4	1.757,9	1.901,1	8,1



# VBL. Der Geschäftsbericht 2009.



Versorgungsanstalt des  
Bundes und der Länder  
Karlsruhe



## Vorwort des Verwaltungsratsvorsitzenden zum Geschäftsbericht 2009.

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in den Jahren 2008 und 2009 hat die Bundesrepublik die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen erlebt. Dies hat sich natürlich auch auf die öffentlichen Arbeitgeber ausgewirkt und die ohnehin angespannten öffentlichen Haushalte weiter belastet. Umso wichtiger war und ist es, dass die Investitionen von Arbeitgebern und Beschäftigten in die Zusatzversorgung einem zuverlässigen Partner anvertraut werden. Die VBL konnte durch eine kluge und vorsichtige Anlagepolitik die in sie gesetzten Erwartungen selbst in der Hochphase der Finanzkrise erfüllen.

Erfreulicherweise hat sich die wirtschaftliche Lage inzwischen deutlich aufgehellt. Die zunehmend freundliche ökonomische Entwicklung heißt aber nicht, dass die öffentliche Hand aus dem Vollen schöpfen kann. Dies ergibt sich insbesondere aus der verfassungsrechtlich vorgegebenen und ab dem Haushalt 2011 geltenden Schuldenbremse, wonach die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Nach Ablauf eines Übergangszeitraums bedeutet dies ab dem Jahr 2016 für den Bund, dass die Einnahmen aus Krediten in der konjunkturellen Normallage 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts prinzipiell nicht überschreiten dürfen. Für die Länderhaushalte hingegen ist ab dem Jahr 2020 keinerlei struktureller Verschuldungsspielraum vorgesehen. Vor dem Hintergrund dieses nachhaltigen Konsolidierungsbedarfs ist nicht nur eine sichere und ertragreiche Vermögensanlage wichtig, sondern auch Wirtschaftlichkeit und Effizienz von Verwaltungshandeln unerlässlich. Auch in dieser Hinsicht steht die VBL mit ihren seit Jahren geringen Verwaltungskosten gut da. Ihr professionelles Risikomanagement leistet einen wichtigen Beitrag und sorgt dafür, dass Entscheidungen auf einer zuverlässigen Grundlage stehen.

Das Thema Rente war durch die globalen wirtschaftlichen Verwerfungen ein wenig in den Hintergrund der öffentlichen Diskussion geraten. Dennoch ist es angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland unverändert wichtig, sich mit der Alterssicherung zu beschäftigen. Für die öffentlichen Arbeitgeber ist eine attraktive Betriebsrente ein Pluspunkt bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ist diese Leistung ein wichtiger Pfeiler für einen gesicherten Ruhestand. Viele werden darüber hinaus aber noch zusätzlich vorsorgen müssen. Dafür gibt es die Möglichkeiten der staatlichen Förderung durch Zulagen und steuerliche Vergünstigungen.

Die VBL begleitet und unterstützt beteiligte Arbeitgeber, Versicherte sowie Rentnerinnen und Rentner bei allen Fragen zum Thema Rente. Sie ist gegenüber 4,2 Millionen Versicherten und 1,1 Millionen Rentnerinnen und Rentnern in der Verantwortung. Im Namen des Verwaltungsrats bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VBL für ihren engagierten Einsatz.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Möllring

Vorsitzender des Verwaltungsrats der VBL



Vorwort des Präsidenten zum Geschäftsbericht 2009.

*Liebe liebe Damen und Herren,*

auch in diesem Jahr gibt es viel Positives über die VBL zu berichten. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten wächst das Bedürfnis nach Planungssicherheit, solider Beratung und Zuverlässigkeit. Wer Geld in Vorsorge investiert, muss sich darauf verlassen können, dass verantwortungsvoll damit umgegangen wird. Dies hat die VBL in den vergangenen Jahren getan und mit ihrer erfolgreichen Kapitalanlage bewiesen. Mit der erneuten Verleihung eines „portfolio institutionell award“ wurde dies zum zweiten Mal hintereinander auch von der Fachpresse gewürdigt.

Die Kunden der VBL erwarten zu Recht hohe Qualität. Dies gilt in gleichem Maße für die beiden Geschäftsbereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Altersvorsorge ist nicht einfacher geworden. Gesetzliche Änderungen vor allem bei der steuerlichen Förderung haben wesentlichen Einfluss auf die Altersvorsorge. Fast jeder hat dabei Schwierigkeiten, alles im Blick zu behalten. In dieser Situation ist es eine große Hilfe, wenn man von Experten auf dem Laufenden gehalten wird. Um die Beschäftigten beispielsweise bei der Inanspruchnahme der optimalen steuerlichen Fördermöglichkeiten zu unterstützen, erstellen die Kundenberaterinnen und Kundenberater der VBL bedarfsgerechte Angebote für eine freiwillige Versicherung.

Immer mehr Arbeitgeber nutzen das VBL-Portal, um die Beschäftigten über ihre betriebliche Altersversorgung zu informieren. Diese Internetplattform ist ein maßgeschneidertes und attraktives Angebot an unsere Kunden. Es hat sich bewährt, dass wir auf einen adressatenorientierten Service gesetzt haben. Dies zeigt die neueste repräsentative Befragung von Arbeitgebern, die wir regelmäßig im Wechsel auch mit Versicherten durchführen. Mit unserer modernisierten IT werden sich zukünftig viele Arbeitsgänge transparenter und effizienter durchführen lassen.

Wir werden das Angebot für unsere Kunden weiter ausbauen. Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung sind eng miteinander verbunden. Wir wollen beide Produkte in einer den Bedürfnissen der beteiligten Arbeitgeber und der Versicherten Rechnung tragenden Art und Weise zur Verfügung stellen. Hierzu gehört auch die umfassende Information über unsere Leistungen und Angebote. Fragen der Altersvorsorge sind zunehmend Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Insbesondere über einen intensiven Kontakt mit unseren Kunden leisten wir unseren Beitrag.

Von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird heute mehr Flexibilität und Engagement erwartet. Diese Beschäftigten haben umgekehrt den Anspruch, dass ihnen die Chance zu einer realen Altersvorsorge geboten wird. Dafür steht die VBL.

Mit freundlichen Grüßen

*W. R. Thiel*

Wolf R. Thiel

Präsident und Vorsitzender des Vorstands der VBL



SEITE 8 PRODUKTE

Von klassisch bis ausgezeichnet: Unsere Altersvorsorge-Produkte **VBL**klassik, **VBL**extra und **VBL**dynamik.



SEITE 12 BERATUNG

Von fachlich kompetent bis persönlich: Wir hören genau zu und finden für Sie die beste Lösung.



SEITE 50 FORTBILDUNG

Von allgemein bis individuell: Wir unterstützen Sie mit einem vielfältigen Seminarangebot.



SEITE 58 INFORMATIONSSERVICE

Von speziell bis umfassend: Sie bekommen von uns einen genau auf Sie zugeschnittenen Service.





SEITE 114 ONLINE

Von umfassend bis innovativ:  
Unser Onlineangebot im **VBL**portal.

## Inhaltsverzeichnis.

<b>Geschäftstätigkeit</b>	SEITE 10
<b>Lagebericht</b>	SEITE 14
<b>Jahresabschluss 2009</b>	SEITE 52
<b>Anhang</b>	SEITE 60
<b>Beschlüsse der Organe</b>	SEITE 112
<b>Schiedsgerichtsbarkeit</b>	SEITE 116





# „Rundum abgesichert.“

Von klassisch bis ausgezeichnet: Unsere Altersvorsorge-  
Produkte **VBL**klassik, **VBL**extra und **VBL**dynamik.

Gute Aussichten für eine finanziell sichere Zukunft: Der Spezialist für Betriebsrenten garantiert Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit der Pflichtversicherung **VBL**klassik eine solide Basisversorgung für das Alter. Für noch mehr Sicherheit: Versicherte der **VBL**klassik können mit den freiwilligen Zusatzversicherungen **VBL**extra und **VBL**dynamik eine kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung aufbauen und so ihren Lebensstandard besser absichern.

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

#### Was wir tun

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist die größte Zusatzversorgungskasse Deutschlands. Durch ihre hochwertige Altersversorgung verhilft sie Millionen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einer besseren Lebensqualität im Alter, bei Erwerbsminderung und für Hinterbliebene. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt. Zusätzlich zu der Basisversicherung **VBL**klassik bietet die VBL zwei weitere, steuerlich förderfähige Produkte der betrieblichen Altersversorgung an: eine Rentenversicherung in Anlehnung an die Basisversicherung, die **VBL**extra, und eine fondsgebundene Rentenversicherung, die **VBL**dynamik. Damit können Versicherte durch ihre eigenen Beiträge ihren Lebensstandard im Alter noch besser absichern.

#### Wer wir sind

Die VBL ist eine von Bund und Ländern getragene Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Seit achtzig Jahren vertrauen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes der VBL die betriebliche Altersversorgung ihrer nicht beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Aktuell führt die VBL für über 5.400 beteiligte Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung durch. Neben den zahlreichen Kommunen und kommunalen Einrichtungen handelt es sich hierbei beispielsweise um Kliniken, Universitäten und Altenheime sowie weitere Organisationen, die im weiten Sinn Aufgaben für die Allgemeinheit wahrnehmen. Die betriebliche Altersversorgung ist für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig ist sie ein Vorteil, mit dem die Arbeitgeber kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können. Organisation und Finanzierung der VBL sowie Arbeitgeberbeteiligung und Versicherung sind in der VBL-Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen geregelt.

#### Unsere Versicherten und Rentner

Die **VBL**klassik nehmen rund vier Millionen Versicherte in Anspruch. Über eine Million erhalten Rentenleistungen von der VBL. Das zukünftige allgemeine Rentenniveau der heutigen Erwerbstätigen wird nicht mehr mit dem bisherigen Niveau standhalten können. Deshalb ist neben der

gesetzlichen Rentenversicherung und der **VBL**klassik eine zusätzliche Vorsorge für die meisten Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes wichtig. Durch die staatliche Förderung ist die freiwillige Versicherung der VBL auch sehr attraktiv. Doch das Thema Rente ist komplex geworden. Hier sind kompetente Aufklärung und Information gefragt. Die VBL versteht sich als Dienstleister und Partner in Sachen Altersvorsorge und bietet gute und umfassende Beratungsleistungen an.

Die Aufsicht über die VBL als Einrichtung und die **VBL**klassik führt das Bundesministerium der Finanzen (BMF). Die freiwillige Versicherung mit ihren Produkten **VBL**extra und **VBL**dynamik beaufsichtigt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

#### Unsere Aufsichtsbehörden

Die laufenden Geschäfte der VBL führen die drei hauptamtlichen Vorstandsmitglieder, der Präsident und Vorstandsvorsitzende Wolf R. Thiel, Richard Peters, zuständig für unser Kerngeschäft Versicherung und Leistung, und Georg Geenen als Finanz- und IT-Vorstand.

#### Der Vorstand

Der gesamte Vorstand besteht aus 17 Mitgliedern. Er führt die Geschäfte, soweit sie über die laufende Geschäftsführung hinausgehen. Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder sowie sechs weitere Arbeitgebervertreter werden von der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder ernannt. Die anderen acht Mitglieder, die Versichertenvertreter, ernennt der Verwaltungsrat nach dem Vorschlag der Gewerkschaften.

Das satzungsggebende Organ der VBL ist der paritätisch besetzte Verwaltungsrat, der aus 38 Mitgliedern besteht. Jeweils die Hälfte der Mitglieder wird von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Bundes und der Länder sowie auf Vorschlag der Gewerkschaften berufen. Die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden ernennt die jeweilige Gruppe der Arbeitgebervertreter und der Versichertenvertreter aus ihrer Mitte. Sie führen den Vorsitz des Verwaltungsrats im jährlichen Wechsel.

#### Der Verwaltungsrat



# Beraten

wie von einem guten Freund.

Von fachlich kompetent bis persönlich: Wir hören genau zu und finden für Sie die beste Lösung.

Kundenziele fest im Blick. Als Partner der beteiligten Arbeitgeber informiert die VBL umfassend und allgemein verständlich über die Altersvorsorge für die Belegschaft. Alle Fragen zur betrieblichen Pflichtversicherung **VBL**klassik und den freiwilligen Versicherungen **VBL**extra sowie **VBL**dynamik werden umgehend und freundlich beantwortet. Gerade die **VBL**klassik ist eine soziale Leistung, deren Angebot die Arbeitgeber auch für qualifiziertes Nachwuchspersonal interessant macht. Und das nicht zuletzt, weil ihnen die VBL mit Lösungen bei Beratung, Angeboten und Prognosen zur Seite steht.

Die zuverlässige, betriebliche Altersvorsorge der VBL ist ein fester Bestandteil in der umfassenden Lebens- und Zukunftsplanung aller VBL-Versicherten. Denn auf die VBL ist Verlass: ob Anpassungen an technische Fortschritte oder komplexe, gesetzliche Vorgaben – die VBL hält Schritt ganz im Sinne der Versorgungsberechtigten.

### Schlaglichter.

#### Finanzmarktkrise und Wirtschaftskrise

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft prägten auch das Jahr 2009. Die staatlichen Konjunkturprogramme und die von den Notenbanken bereitgestellte Liquidität trugen maßgebend dazu bei, dass sich die konjunkturellen Aussichten ab dem zweiten Halbjahr 2009 verbessert haben und sich das Wirtschaftswachstum in verhaltener Dynamik fortsetzt. Die Gefahr ist aber längst nicht gebannt. Die in Deutschland, Europa und global anstehende Konsolidierung öffentlicher Finanzen und eine zu frühe Rücknahme der Liquidität durch die Notenbanken können das noch immer fragile Wirtschaftswachstum gefährden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die wieder positive Grundstimmung der Investoren an den Kapitalmärkten anhält.

Die VBL konnte sich in dem herausfordernden Marktumfeld des Jahres 2009 sehr gut behaupten und nicht nur ein positives, sondern ein gegenüber 2008 verbessertes Ergebnis erzielen. Unterstützt wird das Kapitalanlagemanagement in seiner erfolgreichen Arbeit durch ein umfassendes Risikocontrolling. Die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Anlagepolitik hat sich in der Krise bewährt. Sie schenkt unseren beteiligten Arbeitgebern, Versicherten und Rentnern Vertrauen in die Sicherheit ihrer Zusatzversorgung bei der VBL.

#### Beste betriebliche Altersversorgung

Mit ihrem konsequent auf Risiko-Chancen-Verhältnisse abgestimmten Kapitalanlagekonzept ist es der VBL in den vergangenen Jahren gelungen, sich am Kapitalmarkt erfolgreich zu positionieren. Zum wiederholten Mal wurde die VBL für die renommierten portfolio institutionell awards nominiert. Nach einem intensiven Auswahlverfahren hat eine ausgewählte Fachjury die VBL im April dieses Jahres in der Kategorie über 1 Milliarde Euro Kapitalanlagen mit dem Preis für die Beste Altersvorsorgeeinrichtung ausgezeichnet.



Eine der wesentlichen Erneuerungen im Jahr 2009 war die Strukturreform des Versorgungsausgleichs zum 1. September 2009. Der Versorgungsausgleich ist seit 1977 fester Bestandteil der sozialen Sicherung im Alter nach einer Ehescheidung. Nach dem bisherigen Recht wurde der Ausgleich aller während der Ehezeit erworbenen Versorgungsanrechte in der Regel über die gesetzliche Rentenversicherung durchgeführt, indem für die ausgleichsberechtigte Person dort Anwartschaften begründet wurden. Bezüglich der Wertentwicklung des hälftigen Anrechts stützte sich das bisherige Recht auf Prognosen, die zu Wertänderungen führten. Das Verfahren war sehr komplex.

#### Strukturreform des Versorgungsausgleichs

Die Reform führt zu einem gerechteren und wesentlich praxisorientierterem Ausgleich zwischen den Eheleuten. Jedes während der Ehe aufgebaute Anrecht auf Versorgung wird nun gesondert im jeweiligen Versorgungssystem zwischen den Eheleuten geteilt. Die ausgleichsberechtigte Person erhält ein eigenes Versorgungskonto bei der VBL verbunden mit einem eigenen Anspruch auf Versorgung. Auf dem Konto werden die Hälfte der während der Ehezeit erworbenen Anrechte gut geschrieben. So wird eine gerechte Teilhabe an jedem Anrecht garantiert.

Die Neuregelungen gelten für alle ab dem 1. September 2009 begonnenen Scheidungsverfahren. Die Versicherungsbedingungen der **VBL**klassik, **VBL**extra und **VBL**dynamik wurden mit Verwaltungsratsbeschluss vom 29. Mai 2009 (14. Satzungsänderung) an die neuen Regelungen angepasst. Die Änderungen sind von dem Bundesministerium der Finanzen und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt.

Auf breite Resonanz stieß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hinterbliebenenleistungen für eingetragene Lebenspartner (Beschluss vom 7. Juli 2009 – 1 BvR 1164/07). Das Bundesverfassungsgericht sah in der Nichtberücksichtigung von eingetragenen Lebenspartnern bei der Hinterbliebenenrente nach § 38 VBL eine Ungleichbehand-

#### Hinterbliebenenversorgung für eingetragene Lebenspartner

lung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern, für die es keine tragfähigen sachlichen Gründe gebe. Die in der Satzung entstandene Regelungslücke könne – so das BVerfG – im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung geschlossen werden: Ab dem 1. Januar 2005 sollen eingetragene Lebenspartner unter den gleichen Voraussetzungen wie Witwen und Witwer eine Hinterbliebenenrente beziehen. Der Zeitpunkt knüpft an die Einbeziehung der Lebenspartner in die Hinterbliebenenversorgung der gesetzlichen Rentenversicherung an.

Da es den Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes offen steht, die Ungleichbehandlung eingetragener Lebenspartner durch eine andere Regelung auszuräumen, erfolgt eine Anpassung der Satzung der VBL erst, wenn eine Tarifeinigung vorliegt. Für die Übergangszeit hat der Verwaltungsrat der VBL mit satzungsergänzendem Beschluss vom 4. Dezember 2009 entschieden, bis zu einer Einigung der Tarifvertragsparteien hinterbliebene eingetragene Lebenspartner wie Witwen und Witwer zu behandeln und entsprechende Leistungen ab dem 1. Januar 2005 zu zahlen. Dies gilt sowohl für die **VBL**klassik als auch für die beiden Produkte der freiwilligen Versicherung **VBL**extra und **VBL**dynamik.

## Unsere Kunden – Arbeitgeber, Versicherte und Rentenberechtigte.

### Hoher Stellenwert von Beratung und Information

Altersvorsorge ist Bestandteil einer umfassenden Lebens- und Zukunftsplanung. Um die Attraktivität betrieblicher Altersversorgung zu steigern, befinden sich die gesetzlichen Neuregelungen in einem ständigen Fluss. Insbesondere die verbesserten steuerlichen Fördermöglichkeiten sind ein Pluspunkt. Unser Ziel ist es, diese Verbesserungen für unsere Kunden transparent zu machen. Unser Fokus liegt daher auf dem weiteren Ausbau des Informations- und Beratungsangebots. Neben den klassischen Informationsträgern: „**VBL**info“ für Arbeitgeber und Versicherte, „**VBL**spezial“ zu Sonderthemen und „**VBL**newsletter“ nimmt dabei unsere Kundenbetreuung einen immer größeren Stellenwert ein. Seit der Einführung der Steuerfreiheit der Umlage mit dem Jahressteuergesetz 2007 ist eine optimale Beratung zu steuerlichen Fördermöglichkeiten der **VBL**extra und **VBL**dynamik nur noch im Einzelfall und nicht ohne Hinzuziehung der **VBL**klassik möglich. Auf dem Weg zu einer maßgeschneiderten Altersvorsorge beantworten unsere Kundenberaterinnen und Kundenberater daher alle Fragen rund um die Produkte **VBL**klassik, **VBL**extra und **VBL**dynamik.

Unser Motto „Versorgung aus einer Hand“ hat sich bewährt. In regelmäßigen Abständen führt die VBL eine repräsentative Befragung unter den Pflichtversicherten und freiwillig Versicherten durch. Nur so können wir Leistungen und Prozesse im Sinne der Kundenzufriedenheit laufend optimieren. Das Ergebnis der 2009 durchgeführten Versichertenbefragung bestätigt: Versicherte nehmen gerade die Versorgung aus einer Hand als entscheidenden Vorteil der VBL wahr.

Versorgung aus einer Hand  
für den Versicherten

Auch Wissenschaftler stehen im Fokus der VBL. Die Europäische Union hat 2008 eine Initiative zur Förderung mobiler Wissenschaftler unter dem Namen „Bessere Karriereöglichkeiten und mehr Mobilität: eine europäische Partnerschaft für die Forscher“ beschlossen. Teile dieser Initiative betreffen die zusätzliche Altersversorgung der Wissenschaftler im öffentlichen Dienst. Aus diesem Anlass hat die Europäische Kommission eine Studie zur Machbarkeit eines paneuropäischen Pensionsfonds für Forscher in Auftrag gegeben. Hintergrund ist unter anderem die in einigen Ländern vorhandene Mindestversicherungszeit. Sie kann bei befristet beschäftigten Wissenschaftlern dazu führen, dass diese teilweise keine unverfallbaren Anwartschaften erwerben und damit Lücken in ihren Versorgungsprofilen aufweisen.

Förderung der Mobilität von  
Forschern und Wissenschaftlern

Die VBL bietet Wissenschaftlern die Möglichkeit, sich bei erstmaliger kurzzeitiger Beschäftigung von der Pflichtversicherung befreien zu lassen. Der Arbeitgeber begründet stattdessen Anwartschaften in der **VBL**extra. Dadurch werden Versorgungslücken vermieden. Diese Besonderheit ist aber längst nicht überall bekannt. Die VBL hat seit 2008 Kontakte mit der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK), um das Thema Informationsverbesserung voranzutreiben und die europäischen Entwicklungen zu verfolgen. Mitte 2009 hat die VBL mit der HRK eine Erklärung unterzeichnet, die den gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit unterstreichen soll. Verschiedene Maßnahmen zur zielgerichteten Information von Wissenschaftlern und Schulungen der Personalstellenmitarbeiter sind 2009 angelaufen. Sie sollen 2010 noch intensiviert werden.

Basis jeder guten Zusammenarbeit ist neben der optimalen Abwicklung der Versicherung die offene Kommunikation zu allen Themen der Zusatzversorgung. Nur bedarfsorientierter Service ist guter Service und nur Offenheit schafft Vertrauen. Hier haben sich bereits unsere neuen Strukturen in der Aufbau- und Ablauforganisation bewährt. Aus unseren Arbeitgeberbefragungen der letzten Jahre geht hervor, dass Arbeitgeber insbesondere den persönlichen Kontakt mit unseren Kundenbetreuern schätzen.

Arbeitgeberservice

Zur Information und Beratung haben wir mittlerweile verschiedene Seminar- und Informationsreihen etabliert und 2009 weiter ausgebaut. Im Fokus der Spezialseminare standen 2009 die Satzungsregelungen zum Sanierungsgeld. Auch die Beratung zum Thema Entgeltumwandlung in der freiwilligen Versicherung hat die VBL weiter intensiviert. Hervorzuheben sind hier die Großveranstaltungen mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Information ihrer Mitgliedsunternehmen genauso wie die im Bereich der Länder durchgeführte Veranstaltungsreihe „Entgeltumwandlung als Instrument moderner Personalpolitik“. Ergänzt wird dieses Angebot ganzjährig durch Inhouse-Seminare bei beteiligten Arbeitgebern.

Mit der Arbeitsgruppe für Melde- und Abrechnungsverfahren besteht seit Jahren eine wichtige Informationsplattform für die VBL und die großen Arbeitgeber aus dem Bereich Bund und Länder. Der Austausch dient der Optimierung der meldetechnischen Verfahrensabläufe.

### VBLportal – Das Kundenportal für Arbeitgeber

Wir haben frühzeitig das Potenzial des Internets erkannt und unser Internetangebot zu einer modernen Informations-, Kommunikations- und Serviceplattform ausgebaut. Das **VBLportal** ist heute wesentlicher Bestandteil unseres Online-Angebots und eine der wichtigsten und beliebtesten Kommunikations- und Kontaktkanäle für unsere Kunden. Bereits 1.500 Arbeitgeber nutzen dieses Portal – das sind knapp 30 Prozent unserer Beteiligten. Die enorme Akzeptanz wurde unter anderem auch durch den neuen Online-Service „Adressänderungen von Versicherten melden“ erreicht.

Die Qualität und Aktualität der Geschäftspartnerdaten ist eine Voraussetzung für effiziente Prozesse. Das **VBLportal** bietet die Möglichkeit, effiziente Prozesse als Kundenservices kostengünstig und leicht bedienbar zu gestalten. Das bestehende Angebot von Online-Meldungen (RIMA), Veranstaltungsbuchung, Angebotsrechnern und persönlichen Bereichen für beteiligte Arbeitgeber wird schon im Frühjahr 2010 erweitert. Mit neuen Informationsportalen für Beschäftigte unterstützen wir unsere beteiligten Arbeitgeber bei der Erfüllung ihrer Fürsorge- und Informationspflicht. Die Informationsportale sind individuell und zielgruppengerecht durch den Arbeitgeber gestaltbar. Beschäftigte können damit die für sie relevanten VBL-Informationen übersichtlich abrufen. Das erste Informationsportal ist bei der Berliner Stadtreinigung an den Start gegangen. Weitere Portale sind in Vorbereitung.

Das **VBLportal** eröffnet noch viele weitere Möglichkeiten, effiziente Prozesse als Kundenservices kostengünstig und kundenorientiert anzubieten. Wir werden unsere modernen Online-Services daher kontinuierlich weiterentwickeln und auf die Bedürfnisse unserer beteiligten Arbeitgeber ausrichten.

## Unsere Herausforderungen an die IT-Landschaft.

Die IT-unterstützte Durchführung der betrieblichen Altersversorgung muss laufend an gesetzliche Änderungen und den technischen Fortschritt angepasst werden.

Anpassung an neue gesetzliche Vorgaben

Als Versorgungsträger spielen wir eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für die Besteuerung von Alterseinkünften. Im Jahr 2009 fiel der Startschuss für das Rentenbezugsmitteilungsverfahren. Dieses gesetzlich verankerte Verfahren verpflichtet die Versorgungsträger, der Zentralen Stelle für Altersvermögen (ZfA) bei der Deutschen Rentenversicherung Bund alle Rentenleistungen nach Art ihrer Besteuerung elektronisch zu übermitteln. Die Daten werden dann von der ZfA an die zuständigen Finanzbehörden weitergeleitet.

Unsere IT hat Mitte 2009 zunächst für rund 1,25 Millionen Rentenberechtigte die Steueridentifikationsnummer bei der ZfA abgefragt und gespeichert, da diese Voraussetzung für die Meldung ist. Ende 2009 haben wir begonnen, rückwirkend für die Jahre 2005 bis 2008 die Höhe der jährlichen Leistungen für alle Rentenberechtigten an die ZfA zu übermitteln. Ab 2010 erfolgt diese Meldung jährlich bis zum 1. März. Als eine der größten meldepflichtigen Versorgungseinrichtungen wird die VBL für jedes Kalenderjahr Leistungsdaten von über 1,1 Millionen Rentnern übermitteln.

Ab 2011 wird unser Meldewesen gegenüber der ZfA noch erweitert. Von diesem Zeitpunkt an sind auch die im jeweiligen Kalenderjahr aus den Betriebsrenten abgeführten Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung an die ZfA zu übermitteln. Grundlage dieser Neuerung ist das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009.

Auch die Neuregelungen zum Versorgungsausgleich sind in die IT umzusetzen. Dies umfasst nicht nur die Durchführung der internen Teilung, sondern auch die Kommunikation mit den Familiengerichten, die auf neue technische Grundlagen gestellt wird. Die VBL hat sich an einem von der Justiz gestarteten Pilotprojekt beteiligt. Wegen der Komplexität der Aufgaben wurde hierfür ein eigenes Projekt ins Leben gerufen. Die Umsetzung in die neue IT wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

## Aktuelles zum Projekt Phoenix

Neben ihrem laufenden Geschäft sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus fast allen Abteilungen in das IT-Großprojekt Phoenix eingebunden. Zur Erinnerung: Das bisherige IT-System der VBL wird den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht und kann nur noch begrenzt weiterentwickelt werden. Mit der Neugestaltung der IT-Landschaft soll auf Basis von SAP eine flexible Plattform geschaffen werden. Sie wird uns in die Lage versetzen, unsere Aufgaben bedarfsgerechter und schneller erfüllen zu können als bisher.

Insbesondere im Hinblick auf unser Aufgabenspektrum handelt es sich hierbei um ein gewaltiges Vorhaben. Bei Projekten dieser Größenordnung kommt es während ihrer Laufzeit nahezu zwangsläufig zu Veränderungen und auch Schwierigkeiten. Wie wir bereits im vergangenen Jahr berichteten, kam es in einem der wichtigsten Teilprojekte – dem Teilprojekt Anwartschaft – zu Problemen. Der externe Dienstleister hatte den Auftrag nicht vertragsgemäß durchgeführt, für die Anwartschaftsverwaltung eine neue Software zu entwickeln. Im November 2009 hat die VBL gegen den Dienstleister eine Schadensersatzklage erhoben. Nachdem das Teilprojekt im Frühjahr 2009 erneut ausgeschrieben worden war, hat im Mai 2009 ein neuer Dienstleister die Softwareentwicklung übernommen. Der bisherige Eindruck ist Erfolg versprechend.

Diese Entwicklungen lassen die grundsätzliche Entscheidung für die SAP-Plattform unberührt. Der Gesamteindruck der bisherigen Umsetzung des Projektes Phoenix ist positiv. Dennoch ist die zeitliche Verzögerung nicht spurlos vorbeigegangen. Damit wir das Projekt Phoenix erfolgreich umsetzen können, sind Maßnahmen zur Optimierung erforderlich, deren Umsetzung Ende 2009 begonnen haben.

Die Überprüfung der laufenden IT-Projekte wird seitens des Risikocontrollings aktiv begleitet. Zur Unterstützung des Risikocontrollings hat die VBL ein eigenes IT-Controlling eingerichtet.

## Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die VBL beschäftigte zum Jahresende 902 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 149 Teilzeitkräfte und 128 Altersteilzeitbeschäftigte. 96 Beschäftigte befinden sich derzeit in einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis.

Angesichts längerer Erwerbsbiographien als Folge der stufenweisen Anhebung des Renteneintrittsalters wird die Sicherung einer zukunftsfähigen Altersstruktur unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunehmend zu einem wichtigen Thema. Aus diesem Grund erlangt die Ausbildung und Förderung junger Nachwuchskräfte immer größere Bedeutung.

Sicherung des  
Fachkräfte-Nachwuchses

Bereits zum 1. September 2008 haben wir erstmals eine dreijährige Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) für das Berufsbild Kauffrau/Kaufmann für Dialogmarketing begonnen. Ein Ausbildungsschwerpunkt ist die telefonische Kundenbetreuung. Aufgrund unserer sehr guten Erfahrungen haben wir uns entschlossen, das Ausbildungskonzept fortzuführen. Im vergangenen Jahr wurden fünf weitere Auszubildende übernommen. Begleitend dazu haben wir ein Personalkonzept erarbeitet, das unseren besten Auszubildenden eine Perspektive für eine dauerhafte Beschäftigung bei der VBL eröffnet.

Neu ist die Kooperation der VBL als Partner der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Zum 1. Oktober 2009 haben wir mit drei Studierenden Ausbildungsverträge abgeschlossen, die den „Bachelor of Science“ in der Fachrichtung Wirtschaftsinformatik erwerben. Duale Studiengänge zeichnen sich durch einen Wechsel von Theorie- und Praxisphasen in der Kooperation mit Unternehmen aus. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg übernimmt den wissenschaftlich-theoretischen Teil, die VBL gestaltet den praktischen Part. Die drei Studierenden werden bei der VBL betriebliche Informationssysteme konzipieren und entwickeln. Unser Ziel ist es, auf diesem Wege kompetente, optimal auf das Berufsleben vorbereitete Nachwuchskräfte im IT-Bereich dauerhaft zu gewinnen.

Wir setzen aber nicht nur auf die berufliche Erstausbildung, sondern auch auf interne Schulungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um sie zu Spezialisten im Bereich Vertrags- und Leistungsmanagement auszubilden. Nach intensiver Vorbereitung eines speziellen Schulungsprogramms hat für 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anfang 2010 das erste zwölfmonatige Schulungsprogramm „VM-Fachausbildung“ begonnen, für das eine Zwischen- und Abschlussprüfung vorgesehen ist. Die Personalauswahl für dieses umfassende Schulungsprogramm erfolgte über einen Eignungstest und strukturierte Interviews.

### Leistungsorientierte Bezahlung

Am 1. Mai 2009 hat der erste einjährige Beurteilungszeitraum für die Ende 2008 eingeführte leistungsorientierte Bezahlung begonnen. Damit soll nicht nur die Qualität unserer Dienstleistungen weiter verbessert werden. Ziel ist es auch Führungskompetenz, Motivation und Eigenverantwortung zu stärken.

Zur Vorbereitung auf die leistungsorientierte Bezahlung haben wir Anfang 2009 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassende Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Die Praxis wird uns im Frühjahr 2010 vor neue Herausforderungen stellen, wenn die ersten Beurteilungen zu erstellen sind.

### Neues Büroraumkonzept

Ein besonderes Projekt des Immobilienmanagements in Zusammenarbeit mit der Organisation ist die Neuplanung eines Verwaltungsgebäudekomplexes für die VBL in Karlsruhe. Der aktuelle Gebäudekomplex besteht aus fünf Häusern, die miteinander verbunden sind. Eines dieser Bürogebäude – das Haus IV – soll wegen erheblicher Baumängel und aus brandschutztechnischen Gründen im Jahr 2012 still gelegt werden. Für die VBL hat sich daher die Notwendigkeit einer Neuplanung ergeben.

Die Planung sieht den Neubau eines modernen Bürogebäudes auf einem direkt an die Häuser II und V angrenzenden Grundstück vor. Der Neubau wird mit den angrenzenden Bürogebäuden verbunden. Das hierfür erforderliche Grundstück stand bereits im Eigentum der VBL. Das dort befindliche Wohngebäude wird Ende 2010 abgerissen. Der Bau des neuen Bürogebäudes – Haus VI – wird voraussichtlich Mitte 2012 fertig gestellt. Im Innenhof zwischen den Häusern I, II, V und VI wird zusätzlich eine neue Kantine mit Besprechungs- und Schulungsräumen entstehen.

Mit den architektonischen Neuplanungen geht auch die Planung eines neuen Büroraumkonzeptes einher – weg von Zimmern mit Einzel- oder Mehrfachbelegung hin zum modernen, offenen Kombibüro. Die Belastungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Bauarbeiten und Umzüge sollen möglichst gering gehalten werden. Das neue Kombibüro fördert die Arbeit in Teamstrukturen. Die damit einhergehende Verbesserung der internen Kommunikation wird sich auch positiv auf unseren Kundenservice auswirken.



## Weitere wichtige Gerichtsverfahren.

Der Bundesgerichtshof hat in 27 weitgehend gleichlautenden Urteilen vom 24. März 2010 bestätigt, dass Versicherten nur ein Anspruch auf Bonuspunkte zusteht, soweit der Verwaltungsrat einen Beschluss über deren Zuteilung gefasst hat.

[Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Zuteilung von Bonuspunkten](#)

In dem Verfahren IV ZR 69/08 beehrte die Klägerin für die Jahre 2002 bis 2004 eine Zuteilung von Bonuspunkten. Der Verwaltungsrat hatte für diese Geschäftsjahre aber entschieden, dass im Abrechnungsverband West keine Bonuspunkte zugeteilt werden. Der Bundesgerichtshof bestätigte: Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Zuteilung und Gutschrift von Bonuspunkten für die Geschäftsjahre 2002 bis 2004. Nach den Satzungsregelungen stehe Versicherten kein Anspruch auf Überschussbeteiligung in bestimmter Höhe zu. Die Revision wurde zurückgewiesen.

Nach den Regelungen der VBL-Satzung werden jährlich die Überschüsse für das vorangegangene Geschäftsjahr festgestellt. Die Ermittlung der Überschüsse erfolgt auf Basis einer versicherungstechnischen Bilanz, die der Verantwortliche Aktuar für jeden Abrechnungsverband gesondert erstellt. Die Entscheidung über das „Ob“ und die Höhe der Zuteilung von Bonuspunkten trifft der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Verantwortlichen Actuars. Erst diese Entscheidung des Verwaltungsrats führt zu einem entsprechenden Anspruch der Versicherten auf Bonuspunkte (§ 68 Abs. 1 Satz 6 VBLS).

Der Zivilsenat sah in dieser Verfahrensweise keine unangemessene Benachteiligung. In welcher Höhe der jährlich zu ermittelnde Überschuss Versicherten zugeteilt werde, müsse der weitgehenden unternehmerischen Entscheidung eines Versicherers überlassen bleiben. Diese Notwendigkeit begründe sich darin, dass Versicherer die spätere Erfüllbarkeit der Verbindlichkeiten aus der Überschussverteilung zu gewährleisten haben. Dies gelte auch für die VBL. Dabei spiele es keine Rolle, dass in der umlagefinanzierten Pflichtversicherung ganz überwiegend rein fiktiv ermittelte Überschüsse zugrunde liegen. Entscheidend sei, dass die Zuteilung von Bonuspunkten eine künftige Leistungsverpflichtung der VBL zur Folge habe.

In einem weiteren Verfahren (IV ZR 296/07) beehrte die Klägerin Informationen, um das satzungsmäßige Vorgehen der VBL bei der Überschussverteilung überprüfen zu können. Der Bundesgerichtshof bejahte eine Verpflichtung der VBL, die erforderliche Auskunft zu erteilen. Allerdings bestehe weder eine Verpflichtung zur Vorlage der fiktiven versicherungstechnischen Bilanzen oder anderer Geschäftsunterlagen noch ein

Einsichtsrecht der Versicherten. Das Urteil des Landgerichts Karlsruhe vom 19. Oktober 2007 wurde auf die Revision der Klägerin insoweit aufgehoben und zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen.

#### Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Einkommensanrechnung bei der Hinterbliebenenrente

Mit Urteil vom 24. Februar 2010 (IV ZR 7/09) hat der Bundesgerichtshof die Neuregelung zur Einkommensanrechnung bei der Hinterbliebenenrente bestätigt.

Nach § 41 Abs. 5 VBLS findet auf die Hinterbliebenenrente eine Einkommensanrechnung entsprechend der Regelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung statt. Die Einkommensanrechnung darf aufgrund des Entgeltcharakters der Hinterbliebenenrente aber nicht dazu führen, dass die Rentenleistung vollständig aufgezehrt wird und auf Dauer ruht. Dies entschied der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 20. September 2006 (IV ZR 304/04). Zur Umsetzung dieser Rechtsprechung einigten sich die Tarifvertragsparteien im 4. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Altersversorgung – ATV auf die Einführung einer Mindestrente in Höhe von 35 Prozent. Die VBL-Satzung wurde mit Beschluss des Verwaltungsrats vom 23. November 2007 an diese Grundentscheidung der Tarifvertragsparteien angepasst. Die Neuregelung trat rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft.

Sowohl die Mindestquote von 35 Prozent als auch die Rückwirkung der damaligen Änderung halten einer gerichtlichen Prüfung stand. Mit dem Erhalt von mindestens einem Drittel der Hinterbliebenenrente ist dem Gebot ausreichend Rechnung getragen, dass die Rente nicht aufgezehrt werden dürfe – so der Senat. Auch das rückwirkende Inkrafttreten dieser Regelung verletze nicht das Gebot des Vertrauensschutzes. Bereits zu Beginn des Jahres 2007 sei voraussehbar gewesen, dass eine Neuregelung dieser Ruhensbestimmung komme und auf eine Einkommensanrechnung nicht vollständig verzichtet werde.

#### Entscheidung des Landgerichts Mannheim zu Gegenwertforderungen

Das Landgericht Mannheim hat in fünf erstinstanzlichen Verfahren die Gegenwertberechnung nach § 23 Abs. 2 VBLS für unwirksam erklärt. Den versicherungsmathematischen Gegenwert nach § 23 Abs. 2 VBLS hat ein Beteiligter an die VBL zu zahlen, wenn er aus der Beteiligung ausscheidet. Mit dem Gegenwert werden die von ihm hinterlassenen umlagefinanzierten Rentenlasten und Anwartschaften ausfinanziert. So wird in der Umlagefinanzierung sichergestellt, dass nicht die verbleibenden beteiligten Arbeitgeber die Rentenlasten und Anwartschaften der ausgeschiedenen Arbeitgeber mittragen müssen.

Die 7. Kartellkammer des Landgerichts Mannheim hat in vier Verfahren die satzungsrechtliche Grundlage für die Forderung und Berechnung des Gegenwerts beim Ausscheiden eines Beteiligten für unwirksam erklärt (Urteile vom 19. Juni 2009 – 7 O 122/08, 7 O 123/08 und 7 O 124/08, Urteil vom 18. Dezember 2009 – 7 O 290/08). Nach Auffassung des Gerichts benachteilige § 23 Abs. 2 VBLS in der seit 1. Januar 1995 maßgebenden Fassungen die Beteiligten unangemessen und sei deshalb unwirksam. Die Regelung berücksichtige die Interessen der Beteiligten nicht ausreichend, da mit dem Gegenwert alle nach dem Ausscheiden eines Beteiligten hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche voll ausfinanziert werden, ohne bereits geleistete Umlagen und Sanierungsgelder zu berücksichtigen.

Demgegenüber hat die 2. Kartellkammer des Landgerichts Mannheim ausdrücklich anerkannt, dass beim Austritt eines Beteiligten aus der VBL ein Gegenwert zu leisten ist (Urteil vom 28. August 2009 – 2 O 74/08). Im konkreten Fall stellte das Gericht aber fest, dass die Klägerin nicht verpflichtet sei, einen Gegenwert zu zahlen, der auf der Grundlage des seit Neufassung der Satzung geltenden § 23 Abs. 2 VBLS errechnet wurde. Die Neuregelung sei mit der Neufassung der Satzung erst am 3. Januar 2003 im Bundesanzeiger veröffentlicht worden und könne damit für die bereits mit Ablauf des 31. Dezember 2002 aus dem Beteiligungsverhältnis ausgeschiedene Klägerin keine Wirkung entfalten.

Die VBL hat gegen alle fünf Urteile Berufung eingelegt. Die erstinstanzlichen Entscheidungen des Landgerichts Mannheim haben in der Zwischenzeit einige ausgeschiedene Beteiligte zum Anlass genommen, vor den ordentlichen Gerichten Klage auf vollständige oder teilweise Rückzahlung ihrer bereits gezahlten Gegenwerte zu erheben.

Im Fokus stehen insbesondere die Gerichtsverfahren zur Rechtmäßigkeit des seit 2002 erhobenen Sanierungsgelds. In drei Klageverfahren auf Rückzahlung des Sanierungsgelds für die Jahre 2002 und 2003 hat die VBL auch in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe obliegt (Urteile vom 3. März 2009 – 12 U 81/08 u.a.). Das Oberlandesgericht bestätigte, dass § 65 VBLS nicht gegen höherrangiges Recht verstößt. Die Einführung des Sanierungsgelds war nach Auffassung des Gerichts geeignet und erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der VBL zu erhalten. Die Kläger haben inzwischen Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt.

#### Verfahren zum Sanierungsgeld

In einem weiteren Verfahren hatte sich das Landgericht Karlsruhe in erster Instanz erstmals auch mit der Rechtmäßigkeit der durch die 7. und 9. Satzungsänderung geänderten Sanierungsgeldberechnung zu befassen. Der Kläger wandte sich vollumfänglich gegen die Zahlung des

Sanierungsgelds für das Jahr 2006. Er sah sich insbesondere wegen der zusätzlichen finanziellen Belastung aufgrund der Umverteilung des Sanierungsgelds nach der 7. und 9. Satzungsänderung unangemessen benachteiligt. Das Gericht wies die Klage ab, da die Sanierungsgeldregelung auch nach der 7. und 9. Satzungsänderung nicht gegen höherrangiges Recht verstoße (Urteil vom 26. Februar 2010 – 6 O 136/08). Die geänderte Sanierungsgeldberechnung stärke die Lastengerechtigkeit der einzelnen Beteiligungsgruppen weiter. Durch die Satzungsänderungen werde Art. 3 Grundgesetz eher gewahrt als verletzt.

In dem Musterprozess zum Sanierungsgeld, dem sich rund 2.000 Beteiligte angeschlossen haben, steht ein erstinstanzliches Urteil weiterhin aus. In diesem Verfahren wird gefordert, bei der Berechnung des Sanierungsgelds bereits ab dessen Einführung im Jahr 2002 die Neuregelungen der 7. und 9. Satzungsänderung anzuwenden. Das Verfahren wurde zwischenzeitlich an das für Kartellrechtsstreitigkeiten zuständige Landgericht Mannheim verwiesen, da von Klägerseite ein Verstoß gegen Kartellrecht gerügt wurde.

#### Verfassungsbeschwerde zu den Startgutschriften der rentenfernen Versicherten und zu § 18 BetrAVG

Das Bundesverfassungsgericht hat zwei Verfassungsbeschwerden gegen Urteile des Bundesgerichtshofs zu Startgutschriften für rentenferne Pflichtversicherte mit Beschluss vom 29. März 2010 nicht zur Entscheidung angenommen (1 BvR 1373/08 und 1 BvR 1433/08). Das Bundesverfassungsgericht hielt die Verfassungsbeschwerden für unzulässig und unbegründet.

Die fachgerichtlichen Entscheidungen enthielten schon keine nachteilige Rechtswirkung zu Lasten der Beschwerdeführer. Der Bundesgerichtshof hatte die Übergangsregelung für die Berechnung der Startgutschriften in einem Punkt als verfassungswidrig angesehen und an der Feststellung der Unverbindlichkeit der Startgutschriften festgehalten.

Im Übrigen stellte das Bundesverfassungsgericht klar: Eine Neuberechnung der Startgutschriften kommt ohne eine Neuregelung der Tarifvertragsparteien zu den rentenfernen Startgutschriften nicht in Betracht. Den Tarifvertragsparteien stehen verschiedene Möglichkeiten offen, die Berechnung der Startgutschriften für rentenferne Pflichtversicherte zu regeln. Wie die Neuregelung im Einzelnen auszusehen habe, können die Gerichte wegen der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie nicht beeinflussen.

Dem Bundesverfassungsgericht liegen darüber hinaus noch zwei Verfassungsbeschwerden zu Zusatzrenten nach § 18 BetrAVG vor (1 BvR 1065/03 und 1 BvR 1082/03). Die Entscheidungen hierzu stehen noch aus.

## Geschäftsentwicklung.

### VBLklassik.

Zum Jahresende 2009 haben 5.394 Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung für ihre Beschäftigten über die VBL durchgeführt: Bund, Länder (mit Ausnahme Hamburgs und des Saarlandes) sowie 1.671 kommunale Arbeitgeber, 83 Träger der Sozialversicherung und 3.581 sonstige Arbeitgeber.

### Beteiligte Arbeitgeber

Beteiligte	2009	2008	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West*	5.106	5.161	-1,1 %
Abrechnungsverband Ost	288	289	-0,3 %
<b>Gesamt</b>	<b>5.394</b>	<b>5.450</b>	<b>-1,0 %</b>

*\* Einschließlich 44 Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet*

Der leichte Rückgang ist auf die Beendigung von 149 Beteiligungen zurückzuführen. Den Beendigungen stehen 93 Neuabschlüsse gegenüber.

Die Beteiligungsbeendigungen erfolgten ganz überwiegend wegen Fusionen und Auflösungen. Bei den Neuabschlüssen handelt es sich vorwiegend um neu gegründete juristische Personen, die aus beteiligten Arbeitgebern entstanden sind.

Im Jahr 2009 betreute die VBL rund 4,2 Millionen aktiv und beitragsfrei Versicherte. Dies entspricht einer Erhöhung des Versichertenbestandes insgesamt um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der aktiv Pflichtversicherten stieg um 1,8 Prozent, die Zahl der beitragsfrei Versicherten erhöhte sich um 1,1 Prozent. Endet die Pflichtversicherung eines Beschäftigten, wird sie in eine beitragsfreie Versicherung umgewandelt.

### Versicherte

Versicherte	2009	2008	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
<b>Abrechnungsverband West</b>			
Aktiv Versicherte	1.462.111	1.430.789	+2,2 %
Beitragsfrei Versicherte	2.151.862	2.133.992	+0,8 %
	<b>3.613.973</b>	<b>3.564.781</b>	<b>+1,4 %</b>
<b>Abrechnungsverband Ost</b>			
Aktiv Versicherte	365.966	365.439	+0,1 %
Beitragsfrei Versicherte	205.672	198.384	+3,7 %
	<b>571.638</b>	<b>563.823</b>	<b>+1,4 %</b>
<b>VBL – gesamt</b>			
Aktiv Versicherte	1.828.077	1.796.228	+1,8 %
Beitragsfrei Versicherte	2.357.534	2.332.376	+1,1 %
<b>Gesamt</b>	<b>4.185.611</b>	<b>4.128.604</b>	<b>+1,4 %</b>

Das Durchschnittsalter aller Versicherten betrug 45,3 Jahre (Vorjahr: 45,2 Jahre).

## Rentner

Die Anzahl der Rentner stieg in der **VBL**klassik im Jahr 2009 um 1,8 Prozent gegenüber 2008 an. Im Vorjahr betrug der Anstieg 2,6 Prozent gegenüber 2007. Die Anzahl der Rentenzugänge ist im Abrechnungsverband Ost prozentual gesehen wesentlich höher als im Abrechnungsverband West. Diese Entwicklung wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifgebiet Ost konnten erst ab dem Jahr 1997 versichert werden. Der Rentenbestand im Abrechnungsverband Ost ist daher im Aufbau begriffen.

Rentner	2009	2008	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West	1.034.567	1.025.099	+0,9 %
Abrechnungsverband Ost	115.975	105.362	+10,1 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.150.542</b>	<b>1.130.461</b>	<b>+1,8 %</b>

Das durchschnittliche Rentenzugangsalter liegt nahezu unverändert bei 61,34 Jahren.

Zugangsalter	2009			2008		
	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt
Altersrenten	62,16	63,65	62,81	62,16	63,59	62,81
Renten wegen Erwerbsminderung	50,54	52,23	51,07	50,48	51,70	50,87
<b>Gesamt</b>	<b>60,44</b>	<b>62,57</b>	<b>61,34</b>	<b>60,35</b>	<b>62,49</b>	<b>61,28</b>

Die von der VBL im Jahr 2009 erbrachten laufenden Rentenleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent. Die Erhöhung ist auf die höhere Zahl der Rentner und die jährliche Rentenanpassung zurückzuführen. Die in der Satzung jährlich zum 1. Juli vorgesehene Anpassung der Betriebsrenten um 1 Prozent hat im Geschäftsjahr 2009 zu einer Erhöhung der monatlichen Auszahlungen um rund 3,4 Millionen Euro geführt.

Leistungen

Rentenleistungen	2009 Mio. €	2008 Mio. €	Veränderung
<b>Versorgungskonto I</b>			
Abrechnungsverband West	4.184,6	4.112,1	+1,8%
Abrechnungsverband Ost	132,5	115,4	+14,8%
<b>Versorgungskonto II</b>			
Abrechnungsverband Beitrag	5,1	3,3	+54,5%
Abrechnungsverband Gegenwerte	73,2	87,7	-16,5%
<b>Gesamt</b>	<b>4.395,4</b>	<b>4.318,5</b>	<b>+1,8%</b>

Unsere Leistungsberechtigten erhielten eine durchschnittliche Rente in Höhe von 320 Euro (Vorjahr: 320 Euro).

**VBL**extra und **VBL**dynamik.

## Versicherte

Der Bestand aktiver Versicherungsverträge in der freiwilligen Versicherung stieg im Jahr 2009 um 9,5 Prozent. Die Zunahme der beitragsfrei gestellten Versicherungen um 39,2 Prozent ist insbesondere auf wissenschaftliche Beschäftigte mit einer befristeten Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie Höherverdiener (§ 82 Abs. 1 VBLS) zurückzuführen. Auf Antrag kann eine beitragsfrei gestellte freiwillige Versicherung für die Zukunft wieder aufleben.

Verträge	2009	2008	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
aktive Verträge	175.566	160.321	+9,5 %
beitragsfrei gestellte Verträge	40.324	28.967	+39,2 %
<b>Gesamt</b>	<b>215.890</b>	<b>189.288</b>	<b>+14,1 %</b>

Das Durchschnittsalter der Versicherten lag in der **VBL**extra bei 41,1 (Vorjahr: 41,6) und in der **VBL**dynamik bei 42,7 (Vorjahr: 41,9) Jahren.

## Renten

Ende 2009 wurden aus der **VBL**extra 2.024 Renten und aus der **VBL**dynamik 5 Renten gezahlt. Wegen der bislang kurzen Laufzeiten der Verträge beträgt die durchschnittliche monatliche Rente 38,54 Euro in der **VBL**extra und 38,69 Euro in der **VBL**dynamik.



## Vermögens- und Finanzlage.

Die VBL verwaltet ein Anlagevermögen einschließlich Geldmarktkonten in Höhe von circa 13,8 Milliarden Euro.

### Vermögenslage

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
<b>Kapitalanlagen</b>			
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten	524,4	481,5	+8,9%
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	34,2	14,9	+129,5%
Sonstige Kapitalanlagen	10.385,2	9.500,8	+9,3%
	10.943,8	9.997,2	+9,5%
<b>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</b>			
Geldmarktkonten	2.824,8	2.658,9	+6,2%
<b>Gesamt</b>	<b>13.768,6</b>	<b>12.656,1</b>	<b>+8,8%</b>

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
<b>Kapitalanlagen</b>			
Sonstige Kapitalanlagen	515,0	390,7	+31,8%
<b>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</b>			
Geldmarktkonten	148,8	92,4	+61,0%
<b>Gesamt</b>	<b>663,8</b>	<b>483,1</b>	<b>+37,4%</b>

Die VBL hat aufgrund ihrer soliden Anlagepolitik die Finanz- und Wirtschaftskrise bisher sehr gut bewältigt und im Jahr 2009 ihr bereits gutes Kapitalanlageergebnis aus dem vorangegangenen Jahr weiter verbessert.

Im Mittelpunkt der Anlagepolitik steht die zuverlässige Altersversorgung unserer Kunden. Hierbei wird der Sicherheit höchste Priorität eingeräumt. Die Kapitalanlagen der VBL sind überwiegend in Zinsanlagen sowie in Investmentfonds investiert. Festverzinsliche Papiere stellen dabei den größten Teil der Anlagen dar. Kurzfristige Geldanlagen dienen vor allem der Sicherung der monatlichen Rentenzahlungen.

Die VBL versucht bei ihrer Anlagestrategie immer wieder, neue Wege zu beschreiten. Besonders die Diversifikation in andere Asset-Klassen bewirkt einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Gesamtanlagebestands. So setzt die VBL auf Absolute-Return-Produkte, die sich in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise bewährt haben. Das Ziel für den Manager ist hierbei das Übertreffen einer vereinbarten Benchmark unter Einhaltung von Risikovorgaben. Eine Ergänzung des Portfolios durch werthaltige Investments in reale Werte (Real Assets) wie Immobilien, aber beispielsweise auch kapitalgarantierte Rohstoffinvestments – trug ebenfalls zur positiven Entwicklung bei.

Im Aktienbereich konnten die bestehenden Positionen von der Entwicklung an den Märkten profitieren. Zum Ende des Jahres 2009 hat sich die zwischenzeitliche Erholung der Kapitalmärkte wieder etwas abgeschwächt. Die VBL hat in dieser Phase nur sehr geringfügig im Aktienbereich investiert. Das Aktien-Engagement der VBL wird über Fonds abgebildet.

Die VBL hat auch im Jahr 2009 am Niederstwertprinzip festgehalten und soweit erforderlich eine Abschreibung auf den niedrigen Börsen- und Marktwert zum Bilanzstichtag vorgenommen. Dies impliziert auch die Berücksichtigung der Wertaufholung von Investmentfonds und Beteiligungen, die per Saldo zu einer Zuschreibung führte.

## Derivate

Die VBL nutzt derivative Finanzinstrumente zur Absicherung und Steuerung des Zinsrisikos. Zu diesem Zweck haben wir im Direktanlagebestand Zinssatzswaps eingesetzt.

## Immobilien

Die Kapitalanlage in Immobilien erfolgt über Immobilien-Direktanlagen und Immobilien-Spezialfonds. Die Direktanlage beschränkt sich im Wesentlichen auf Wohn- und Sozialimmobilien in Deutschland. Zusätzlich wird über Immobilienspezialfonds in andere Segmente und Länder indirekt investiert.

Im Direktanlagebestand wurden im Jahr 2009 neun Immobilien im Wert von rund 92,4 Mio. Euro angeschafft bzw. fertiggestellt. Die Immobilien werden ganz überwiegend wohnungswirtschaftlich genutzt. Sieben Objekte im Wert von rd. 4,52 Mio. Euro wurden veräußert. Ende 2009 befanden sich insgesamt 286 (Vorjahr 284) Immobilien mit 13.877 Wohnungen und 432 gewerbliche Mieteinheiten im Bestand. Es werden rund 973.000 m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche bewirtschaftet.

## VBLklassik.

### Abrechnungsverband West. Versorgungskonto I.

Im Abrechnungsverband West finanziert die VBL ihre Leistungen über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Ein Deckungsabschnitt dauert fünf Jahre an. Der laufende Deckungsabschnitt endet zum 31. Dezember 2012.

#### Finanzlage

Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der sechs folgenden Monate zu erfüllen. Seit 1. Januar 2002 ist der Umlagesatz auf 7,86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts festgeschrieben (§ 64 Abs. 2 VBLS). Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten im Jahr 2001, das jährlich um 1 Prozent dynamisiert wird. Auch die Gesamthöhe der Sanierungsgelder wird im Deckungsabschnitt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens festgesetzt.

#### Einnahmen

Das Umlageaufkommen zuzüglich der Sanierungsgelder betrug rund 4.401,4 Millionen Euro (Vorjahr rund 4.208,6 Millionen Euro).

Aus heutiger Sicht sind der Umlage- und Sanierungsgeldsatz ausreichend bemessen, um die Finanzierung bis zum Ende des Deckungsabschnitts sicherzustellen.

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt jährlich die im Abrechnungsverband West erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Da im Umlageverfahren zur Finanzierung dieser Leistung kein Kapitalstock aufgebaut und verzinslich angelegt wird, können sich keine tatsächlichen Überschüsse ergeben. Daher wird für die Berechnung von fiktiven Überschüssen die durchschnittliche laufende Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen unterstellt (§ 68 Abs. 2 VBLS). Sie ergibt sich aus dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz jeweils aktuellen Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die Verzinsung für das Jahr 2008 lag bei 4,88 Prozent. Hieraus ermittelte der Aktuar für das Jahr 2008 einen rechnerischen Überschuss von 603,2 Millionen Euro.

#### Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2008

Der Verantwortliche Aktuar schlug zur Verwendung des Überschusses vor, insbesondere wegen der aktuellen Entwicklungen am Kapitalmarkt bei einer Bonuspunkteverteilung vorsichtig zu verfahren. Der Verwaltungsrat fasste daher in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars den Beschluss, den am 31. Dezember 2009 Bonuspunkteberechtigten des Abrechnungsverbandes West Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2008 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

#### Abrechnungsverband Ost. Versorgungskonto I.

#### Einnahmen

Im Abrechnungsverband Ost beträgt der Umlagesatz seit 1. Januar 2004 ein Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (§ 64 Abs. 2 VBLS). Das Umlageaufkommen lag bei rund 169 Millionen Euro gegenüber rund 163,6 Millionen Euro im Vorjahr.

#### Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2008

Der Aktuar ermittelt auch hier jährlich die erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Für die Berechnung gelten die gleichen Grundsätze wie im Abrechnungsverband West. Im Abrechnungsverband Ost lag der rechnerische Überschuss für das Jahr 2008 bei 98,7 Millionen Euro.

Der Verantwortliche Aktuar hat im Abrechnungsverband Ost aus den gleichen Erwägungen wie im Abrechnungsverband West eine umsichtige Verwendung des Überschusses vorgeschlagen. Entsprechend dieses Vorschlags hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 beschlossen, den am 31. Dezember 2009 Bonuspunkteberechtigten des Abrechnungsverbandes Ost ebenfalls Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2008 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

#### Abrechnungsverband Beitrag. Versorgungskonto II.

#### Einnahmen

Im Abrechnungsverband Ost wird die Finanzierung seit dem 1. Januar 2004 schrittweise auf ein kapitalgedecktes System umgestellt. Neben der Umlage werden Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen und die in den Abrechnungsverband Beitrag fließen.

Im Jahr 2009 haben unsere beteiligten Arbeitgeber, die das Tarifrecht des Bundes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) anwenden, einen Beitrag in Höhe von vier Prozent des zusatzver-

sorgungspflichtigen Entgelts aufgewendet. Beteiligte, die das Tarifrecht der Länder anwenden, haben in 2009 für Beschäftigte der Vergütungsgruppen EG 1 bis 9 (BAT X bis Vb) vier Prozent und für die höheren Vergütungsgruppen ein Prozent Beitrag geleistet. Ab 1. Januar 2010 beträgt der Beitragssatz einheitlich vier Prozent. Ab diesem Zeitpunkt werden alle neu hinzu erworbenen Anwartschaften voll kapitalgedeckt finanziert sein.

Das Beitragsaufkommen betrug im Jahr 2009 rund 325,3 Millionen Euro (Vorjahr: 296,2 Millionen Euro). Darin enthalten sind auch Altersvorsorgezulagen für Arbeitnehmerbeiträge zur Kapitaldeckung. 2009 hat die zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen Altersvorsorgezulagen in Höhe von rund 23,7 Millionen Euro überwiesen.

Auf der Grundlage der versicherungstechnischen Bilanz ermittelte der Verantwortliche Aktuar für das Jahr 2008 einen Bilanzgewinn (§ 67 Abs. 3 VBLS) von rund 6,2 Millionen Euro.

#### Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2008

Da der Abrechnungsverband Beitrag aufgrund der Beitragssatzanhebung stark im Wachstum steht, ist hier nach wie vor der Fokus auf den Aufbau der Eigenkapitalausstattung ausgerichtet. Der Verantwortliche Aktuar hat vorgeschlagen, vom Überschuss 5,7 Millionen Euro der Verlustrücklage zuzuführen, um die Eigenkapitalausstattung zu stärken. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 500.000 Euro soll der Rückstellung für Überschussverteilung zugeführt werden.

Im Abrechnungsverband Beitrag besteht zusätzlich die Besonderheit, dass Versicherte für ihre Arbeitnehmerbeiträge Altersvorsorgezulagen nach Abschnitt XI EStG beziehen können. Für Rentenleistungen aus diesen Altersvorsorgezulagen kann ein Gewinnzuschlag in Höhe von bis zu 20 Prozent geleistet werden (§ 82a Abs. 4 VBLS). Der Verantwortliche Aktuar prüft daher jährlich, ob die Finanzierbarkeit dieses Gewinnzuschlages in voller Höhe gesichert ist. Ist dies der Fall, schlägt er die Leistung des Zuschlags vor. Dieser Verfahrensweise folgend hat er vorgeschlagen, die Leistung des Gewinnzuschlags von 20 Prozent bis zum 31. Dezember 2011 zu verlängern. Zur Finanzierung dieses Gewinnzuschlags soll der verbleibende Überschuss in Höhe von 0,5 Millionen Euro der Rückstellung für Überschussverteilung zugeführt werden.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 diesen Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars. Eine Bonuspunkteverteilung für das Geschäftsjahr 2008 fand nicht statt.

### Abrechnungsverband Gegenwerte. Versorgungskonto II.

#### Einnahmen

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn angemeldeten Pflichtversicherungen beendet. Zur Finanzierung der im Abrechnungsverband West oder im Abrechnungsverband Ost hinterlassenen umlagefinanzierten Anwartschaften und Ansprüche steht der VBL ein Anspruch auf Zahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts zu. Die Gegenwertzahlung ist erforderlich, weil im Umlageverfahren nur die laufenden Renten durch die monatlichen Umlagen finanziert werden. Die Einnahmen aus Gegenwertzahlungen betragen im Jahr 2009 rund 19,6 Millionen Euro (Vorjahr: rund 71,6 Millionen Euro).

#### Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2008

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde im Jahr 2008 ein Bilanzgewinn von 282.812 Euro ausgewiesen. Da die Eigenkapitalausstattung in diesem Abrechnungsverband bereits 10 Prozent der Deckungsrückstellung erreicht hat, hat der Verantwortliche Aktuar vorgeschlagen, diesen Überschuss in voller Höhe der Rückstellung für Überschussverteilung zuzuführen. Der Überschuss steht den Versicherten damit für eine Bonuspunkteverteilung in späteren Jahren zur Verfügung.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars. Auch hier erfolgt für das Geschäftsjahr 2008 keine Zuteilung von Bonuspunkten.

## Freiwillige Versicherung.

Die Beitragseinnahmen haben sich um 9,8 Prozent auf 148,4 Millionen Euro erhöht.

### Einnahmen

Einnahmen	2009	2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
VBLextra	138,7	125,8	+10,3%
VBLdynamik	9,7	9,4	+3,2%
<b>Gesamt</b>	<b>148,4</b>	<b>135,2</b>	<b>+9,8%</b>

Der Verantwortliche Aktuar stellt jährlich zum Bilanzstichtag auf der Grundlage einer versicherungstechnischen Bilanz die Überschüsse fest und schlägt eine Verwendung der Überschüsse vor. Am 4. Dezember 2009 entschied der Verwaltungsrat auf diesen Vorschlag hin über die Verwendung der Überschüsse des Jahres 2008.

### Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2008

Im Geschäftsjahr 2008 wurde in der **VBLextra** ein Überschuss von rund 5,7 Mio. Euro als Bilanzgewinn ausgewiesen. Von diesem Überschuss entfällt ein Anteil in Höhe von 1,3 Mio. Euro auf den Tarif **VBLextra 01** mit Rechnungszins 3,25 Prozent in der Versicherungsphase und 5,25 Prozent in der Rentenphase zuzüglich einer garantierten Rentendynamisierung von einem Prozent. Auf den Tarif **VBLextra 02** mit einheitlichem Rechnungszins 2,75 Prozent entfällt ein Überschussanteil in Höhe von 4,4 Mio. Euro. Aufgrund der aktuellen Finanzmarktkrise hat der Verantwortliche Aktuar auch hier vorgeschlagen, keine Bonuspunkte zuzuteilen. Der auf den Tarif **VBLextra 01** entfallende Überschuss soll zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Verlustrücklage und der auf den Tarif **VBLextra 02** entfallende Überschuss der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt werden.

### VBLextra

Für den Tarif AVBextra 02 ist vorgesehen, für Betriebsrentenleistungen einen Gewinnzuschlag in Höhe von bis zu 20 Prozent zu leisten, wenn der versicherungsmathematische Nachweis der Finanzierbarkeit dieses Zuschlags erbracht wird. Diesem Verfahren folgend, hat der Verantwortliche Aktuar vorgeschlagen, den Gewinnzuschlag in voller Höhe bis zum 31. Dezember 2011 zu leisten. Der Gewinnzuschlag wird aus dem auf den Tarif AVBextra 02 entfallenden Anteil der Rückstellung für Überschussbeteiligung finanziert.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 diesen Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars. Für das Geschäftsjahr 2008 findet weder eine Zuteilung von Bonuspunkten an Versicherte noch eine zusätzliche Leistungserhöhung für Betriebsrentenberechtigte statt.

#### VBLdynamik

In der **VBLdynamik** wurde im Geschäftsjahr 2008 ein Überschuss von 268.051 Euro im Bilanzgewinn ausgewiesen. Auch hier hat der Verantwortliche Aktuar vorgeschlagen, aus Vorsichtsgründen keine Überschüsse zu verteilen. Der gesamte Überschuss soll der Verlustrücklage zugeführt werden, um die Eigenkapitalausstattung zu stärken.

Dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars folgend fasste der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 für die **VBLdynamik** den Beschluss, für das Geschäftsjahr 2008 keine Anteile an Spezialfonds für Versicherte und keine Einmalzahlung für Betriebsrentenberechtigte auszukehren.



## Ertragslage der Gesamt-VBL.

Auch im Jahr 2009 konnten wir den Jahresüberschuss sowohl für die **VBL**gesamt als auch für die freiwillige Versicherung erhöhen. Dies ist im Wesentlichen auf eine Steigerung der Umlagen und Beiträge sowie auf deutlich gestiegene Kapitalerträge zurückzuführen.

Aufwendungen und Erträge	2009 Mio. €	2008 Mio. €	Veränderung
<b>Erträge</b>			
Umlagen, Beiträge <sup>1</sup>	5.065,3	4.823,8	+5,0%
Kapitalerträge	824,1	613,4	+34,3%
	5.889,4	5.437,2	+8,3%
<b>Aufwendungen</b>			
Leistungen <sup>2</sup>	4.409,7	4.333,6	+1,8%
Kapitalaufwendungen	320,7	380,7	-15,8%
	4.730,4	4.714,3	+0,3%
<b>Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge</b>	-564,7	-526,0	+7,4%
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>594,3</b>	<b>196,9</b>	<b>+201,8%</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge sowie Überleitungen

<sup>2</sup> Zahlungen für Leistungen einschließlich Überleitungen

## Ertragslage der freiwilligen Versicherung.

Aufwendungen und Erträge	2009 Mio. €	2008 Mio. €	Veränderung
<b>Erträge</b>			
Beiträge	148,4	135,2	+9,8%
Kapitalerträge	37,2	25,5	+45,9%
	185,6	160,7	+15,5%
<b>Aufwendungen</b>			
Leistungen	1,4	0,9	+55,6%
Kapitalaufwendungen	0,6	2,6	-76,9%
	2,0	3,5	-42,9%
<b>Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge</b>	-160,0	-140,7	+13,7%
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>23,6</b>	<b>16,5</b>	<b>+43,0%</b>

Die laufende Durchschnittsverzinsung im Geschäftsjahr 2009 betrug hier 8,1 Prozent (Vorjahr: 7,12 Prozent).

## Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.

### Risikomanagementsystem

Die VBL verfügt über ein dezentrales Gesamtrisikomanagement bestehend aus einem Risikofrüherkennungssystem, einem Risikocontrolling und einem internen Überwachungssystem, das alle Bereiche der VBL abdeckt. Die Risikomeldeverantwortlichen der jeweiligen Fachbereiche melden alle relevanten Risiken vierteljährlich an das Risikocontrolling. Das Risikocontrolling unterzieht die gemeldeten Risiken einer Plausibilitätsprüfung und erstellt einen Risikobericht für den Risikobeauftragten, den Präsidenten der VBL. Die Risikoüberwachung ist Aufgabe der Revision. Hier wird die Funktionsfähigkeit des Risikocontrollings, der Investitionstätigkeit und des Berichtswesens geprüft.

Zu den einzelnen Risikokategorien können wir Folgendes berichten:

Die laufende Prüfung der Risiken im Jahr 2009 ergab, dass keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind auch in der Zukunft keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

### Kapitalanlagerisiken

Die VBL wendet auf ihr gesamtes Vermögen die Anlagegrundsätze für das gebundene Vermögen von Versicherungsunternehmen an (§ 54 VAG in Verbindung mit der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen – AnIV). Danach ist das Vermögen so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Auf eine möglichst große Sicherheit der Kapitalanlage wird besonderer Wert gelegt.

Für die Kapitalanlage besteht hauptsächlich das Risiko von Marktpreisänderungen. Ein Mittel zur Überwachung der Marktpreisrisiken sind Stresstests, die von der VBL monatlich auf die Kapitalanlagen angewendet werden. Mit diesen Stresstests überprüfen wir, ob die VBL trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage wäre, auch ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Die Stresstests sind ein Indikator für die Risikoanalyse. Sie werden regelmäßig auch in ihrer Entwicklungshistorie ausgewertet und ergänzen die anderen Instrumente des Risikomanagements.

Zur Sicherung von festverzinslichen Anlagen gegen Zinsänderungen wurden in den letzten Jahren Zinsswaps abgeschlossen, die bei der Bilanzierung mit dem Grundgeschäft als Bewertungseinheit erfasst werden.

Adressausfallrisiken – insbesondere bei Banken – sollten durch konzertierte Maßnahmen der Regierungen (zum Beispiel Finanzmarktstabilisierungsfonds) beherrschbar bleiben. Die Steuerung von Ausfallrisiken bei Derivate-Geschäften erfolgt über Kontrahentenlimite. Im Direktbestand wurden im Jahr 2009 keine Derivate-Geschäfte abgeschlossen oder aufgelöst.

Kapitalanlagen wurden hauptsächlich mit Emittenten aus dem deutschen Bankensektor getätigt.

Liquiditätsrisiken bestehen aufgrund des Umlageverfahrens bei den Abrechnungsverbänden West und Ost und dem jungen Bestand bei der freiwilligen Versicherung und dem Abrechnungsverband Beitrag nicht.

Zur dauerhaften Erfüllbarkeit der Verträge in der freiwilligen Versicherung überdecken unsere Eigenmittel die Solvabilitätsspanne um 121,4 Prozent (Vorjahr 81,0 Prozent).

## Finanzierungsrisiken

In dem bei der VBL noch überwiegend praktizierten Umlageverfahren hängt der Finanzierungsbedarf stark von der Entwicklung des Versichertenbestands und des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab. Der im Bereich des öffentlichen Dienstes anhaltende Trend zu Personalabbau- und Ausgliederungsmaßnahmen kann somit Auswirkungen auf die Finanzierung bei der VBL haben.

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn durchgeführten Pflichtversicherungen beendet. Um die während der Beteiligung des Arbeitgebers entstandenen Anwartschaften und laufenden Renten der Pflichtversicherten auszufinanzieren, verlangt die VBL von diesem die Zahlung eines versicherungsmathematisch berechneten Barwerts, des so genannten Gegenwerts. Für Ausgliederungen sieht die Satzung die Leistung eines anteiligen Gegenwerts vor. Diese Maßnahmen gelten jedoch nur für die Ausgliederung eines „wesentlichen Teils“ der Pflichtversicherten eines Beteiligten. Für Ausgliederungen unterhalb einer Wesentlichkeitsgrenze ist ein Ausgleich bisher nicht vorgesehen.

## Zinsgarantierisiko

In der **VBL**klassik garantieren wir eine Leistung, die in der Anwartschaftsphase mit 3,25 Prozent und in der Rentenbezugsphase mit 5,25 Prozent kalkuliert ist. Zusätzlich werden die Renten jährlich um 1 Prozent erhöht. Diese Rechnungsgrundlagen sind tarifvertraglich festgelegt (§ 8 ATV). Diese hohen garantierten Leistungen werden in den Abrechnungsverbänden West und Ost im Umlageverfahren und in den Abrechnungsverbänden Beitrag und Gegenwerte im Kapitaldeckungsverfahren finanziert. In der Kapitaldeckung werden daher Überschüsse vorrangig zum Aufbau der Verlustrücklage verwendet, die der Fehlbetragsdeckung dient.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung wurde der Rechnungszins für das Neugeschäft ab 2004 auf 2,75 Prozent gesenkt. Das Zinsgarantierisiko kann für den Bereich der freiwilligen Versicherung deshalb als geringer eingestuft werden. Auch bei der freiwilligen Versicherung wirkt die VBL dem Zinsgarantierisiko mit dem Aufbau der Verlustrücklage entgegen.

Die Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verwenden als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Die Anwendung dieser Richttafeln ist tarifvertraglich festgelegt (Anlage 4 zum ATV).

#### Biometrische Risiken

Die VBL gibt in regelmäßigen Abständen Untersuchungen über die biometrischen Risikoverhältnisse in Auftrag. Eine im Jahr 2007 durchgeführte Risikountersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die „Richttafeln 1998“ in dem Zeitraum 2003 bis 2005 noch zu einem positiven Risikobeitrag führten. Die erneute Risikountersuchung vom 21. September 2009 basiert auf den Geschäftsjahren 2006 bis 2008. Sie hat ergeben, dass die Risikoverhältnisse durch die Richttafeln 1998 nicht mehr ausreichend abgebildet werden. In fast allen Altersgruppen sind Untersterblichkeiten zu erkennen, die sich gegenüber der letzten Untersuchung verschlechtert haben. Eine erste Erörterung dieser Entwicklungen fand auf der Vorstands- und Verwaltungsratssitzung am 3./4. Dezember 2009 in Berlin statt.

Die überwiegende Zahl der bei der VBL beteiligten Arbeitgeber sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren unzulässig ist. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Beteiligten ist in der überwiegend umlagefinanzierten **VBL**klassik relativ gering. Insgesamt 30 der rd. 5.400 beteiligten Arbeitgeber hatten bis zum 31. Dezember 2009 Insolvenz angemeldet. Im Abrechnungsverband West waren 26 Arbeitgeber, im Abrechnungsverband Ost vier Arbeitgeber betroffen.

#### Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung ist das Risiko des Ausfalls von Forderungen sehr gering. Hier werden die Versicherungsverträge beitragsfrei gestellt, wenn die Versicherungsnehmerin/der Versicherungsnehmer mit der Beitragszahlung für drei Monate in Verzug ist und den Rückstand nicht innerhalb einer von der VBL gesetzten Frist ausgleicht.

## Operationelle Risiken

Unter dem Begriff operationelles Risiko versteht man die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- oder systembedingten Vorfällen. Ebenfalls zu den operationellen Risiken zählen Risiken aus externen Vorfällen und Rechtsrisiken.

Kernprozesse sind abhängig von einer sicheren und zuverlässigen IT. Die VBL verfügt deshalb über ein IT-Sicherheitskonzept, das sich nach dem BSI-Standard (IT-Grundschutz) richtet und laufend angepasst wird. Für den Ausfall des Rechenzentrums sind entsprechende Vorsorgen getroffen. Die Voraussetzungen für das Back-up (Rechenzentrum, Hardware, Datensicherung) liegen vor. Eine Funktionstrennung und das Vier-Augenprinzip helfen dabei, das Eintreten von Risiken zu vermeiden.

## Rechtliche Risiken

Rechtliche Risiken ergeben sich in erster Linie aus den Klagen gegen die Startgutschriften rentenferner Versicherter. Diese Klagen sind vor dem Hintergrund der Umstellung des Gesamtversorgungssystems auf das Versorgungspunktemodell im Jahre 2001 zu sehen. Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 14. November 2007 die Rechtmäßigkeit der Systemumstellung grundsätzlich betätigt. Nach Auffassung des Gerichts verstoßen die Regelungen für die Berechnung der Startgutschriften für rentenferne Jahrgänge aber in einem Punkt gegen Artikel 3 Grundgesetz. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, die Berechnungsparameter für die Übergangsregelungen zu den Startgutschriften rentenferner Jahrgänge im Tarifvertrag Altersversorgung verfassungskonform auszugestalten. Erste Gespräche haben 2009 stattgefunden. Der Stand der Gespräche lässt noch keine Rückschlüsse auf möglicherweise zu erwartende Mehrbelastungen aus einer Neuregelung der Startgutschriftenberechnung zu.

Rechtliche Risiken birgt auch die Musterklage gegen die Berechnung der Sanierungsgelder, der sich rund 2.000 Beteiligte angeschlossen haben. Bei einem vollständigen Unterliegen der VBL wäre mit einer Erstattung von Sanierungsgeldern für die Jahre 2002 und 2003 zu rechnen. Dieses

Risiko schätzen wir allerdings als äußerst gering ein. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat in drei etwas anders gelagerten Verfahren zum Sanierungsgeld entschieden, dass die Sanierungsgeldregelung in der Satzung der VBL nicht gegen höherrangiges Recht verstoße (Urteile vom 3. März 2009). Zu dieser Auffassung gelangte auch das Landgericht Karlsruhe in einem Fall, in dem erstmals über die Rechtmäßigkeit der durch die 7. und 9. Satzungsänderung geänderten Sanierungsgeldberechnung zu befinden war (Urteil vom 26. Februar 2010).

Ferner ergeben sich Risiken aus den Klageverfahren gegen die Gegenwertforderung der VBL. Bei einem vollständigen oder teilweisen Unterliegen der VBL würden die Gegenwerte nicht oder nicht in voller Höhe erbracht, die in der Umlagefinanzierung zur Ausfinanzierung der hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche ausgeschiedener Arbeitgeber erforderlich sind. Dies könnte eine Unterdeckung im Abrechnungsverband Gegenwerte zur Folge haben. Die 2. Kartellkammer des Landgerichts Mannheim hat in seinen erstinstanzlichen Urteilen im Jahr 2009 aber anerkannt, dass ein Ausscheiden aus einem umlagefinanzierten Versorgungssystem nicht zum Nulltarif möglich ist. Auch insoweit halten wir das Risiko für sehr gering, dass eine letztinstanzliche Entscheidung zu einer Unterdeckung führen könnte.

Jedes Risiko trägt immer auch eine Chance in sich – eine Chance der Weiterentwicklung und Veränderung. Daher verstehen wir die hier aufgeführten Risiken nicht als Last, die wir schultern, sondern als Herausforderung, die wir meistern.

#### Chancen

Einige der hier aufgeführten Risiken sind von der VBL nicht oder nur eingeschränkt steuerbar. Als Beispiel sei hier das Zinsgarantierisiko in der **VBL**klassik genannt. Der hohe Rechnungszins von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase hat zwei Gesichter. Mit dieser hohen Garantieverzinsung stellt unser Produkt für Pflichtversicherte eine sehr attraktive Altersvorsorge dar. In der Privatwirtschaft dürfte eine vergleichbare Garantieleistung heute nicht

mehr erreichbar sein. Für die VBL bedeutet dies, dass über die gesamte Versicherungs- und Rentenlaufzeit hinweg eine durchschnittliche Verzinsung von rd. 5 Prozent erwirtschaftet werden muss, um die garantierten Rentenleistungen finanzieren zu können. Dies stellt die VBL oder besser unser Kapitalanlage- und Risikomanagement vor große Herausforderungen. Vor allem in kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden ist diese Anforderung in der aktuellen Marktsituation sehr ambitioniert. Dies betrifft nicht nur den Abrechnungsverband Gegenwerte für ausgeschiedene Arbeitgeber, sondern auch den Abrechnungsverband Beitrag. Dort werden ab 1. Januar 2010 alle Neuanwartschaften voll kapitalgedeckt finanziert sein.

Zum Vergleich: Der Zinssatz für 10-jährige Bundeswertpapiere notierte Ende 2009 bei einem Wert von 3,37 Prozent. Der Zinssatz für Tagesgelder betrug im ersten Quartal 2010 teilweise gerade mal 0,3 Prozent. Dies erschwert auch ein „Zwischenparken“ von Geldern bei ungünstiger Geldmarktentwicklung.

Herausforderungen können aber auch ein Ansporn für gute Leistung sein. Unsere Risikostrategie besteht daher nicht nur in der Risikominimierung oder -kompensation durch die Bildung von Rücklagen. Unser Risikomanagement fördert vielmehr den bewussten und effizienten Umgang mit Risiken. Ein bewusstes und kontrolliertes Eingehen von Risiken kann mit den damit einhergehenden Chancen auch positive Effekte mit sich bringen – zum Beispiel höhere Renditen in der Kapitalanlage. Ziel unseres Risikomanagements ist daher die Risikooptimierung und Chancennutzung. Unverzichtbar sind dabei eine hohe Flexibilität und kurze Informationswege. Darin liegt die große Stärke unserer Organisationsstruktur.

Unsere Erfolge in den Jahren 2008 und 2009 sprechen für sich. Unsere Ausrichtung der Kapitalanlagen hat sich in den beiden vergangenen Jahren trotz der schwierigen Niedrigzinsphase bewährt. Durch eine weitere vorsichtige Kapitalanlagestrategie hoffen wir, diesen Erfolgskurs in den nächsten Jahren fortführen zu können.



## Ausblick.

Die Tarifverhandlungen für die rund 50.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin sind am 9. Februar 2010 abgeschlossen worden. Nach der Tarifeinigung soll der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zum 1. April 2010 in dynamischer Form übernommen werden. Ab 1. August 2011 sollen dann einheitlich die Regelungen des Tarifrechts West für alle Beschäftigten des Landes Berlin gelten. Ab dem gleichen Zeitpunkt erhalten Beschäftigte 97 Prozent der jeweiligen Tabellenentgelte des TV-L. Danach erfolgt eine stufenweise Anhebung auf 100 Prozent des Gehaltsniveaus nach TV-L. Die Angleichung soll spätestens mit dem Ablauf des Jahres 2017 abgeschlossen sein.

### Tarifabschluss Land Berlin

Die Anhebung des Gehaltsniveaus verbessert nicht nur das Einkommen, sondern auch die Altersvorsorge für Beschäftigte des Landes Berlin. In der **VBL**klassik hängt die Höhe der erworbenen Anwartschaften ganz wesentlich von dem jährlichen Bruttoeinkommen der Pflichtversicherten ab. Die VBL begrüßt diesen Tarifabschluss aus zwei Gründen. Zum einen erhöhen sich mit den Entgelten auch die Einnahmen. Zum anderen ist es aus tarifpolitischer Sicht erfreulich, dass das Land Berlin beabsichtigt, bis zum 31. Dezember 2011 wieder in die TdL zurückzukehren.

Bereits mit Urteil vom 14. November 2007 hat der BGH entschieden, dass die Startgutschriften für rentenferne Pflichtversicherte unverbindlich sind, weil die Rechtsgrundlage hierfür in einem Punkt gegen den Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 Grundgesetz verstößt und damit unwirksam ist. Nach § 79 Abs. 1 VBLS i.V.m. § 18 Abs. 2 BetrAVG seien Späteinsteiger gegenüber anderen Versicherten unverhältnismäßig stark benachteiligt, da sie nicht genügend Versicherungsjahre zurücklegen können, um eine Vollrente zu erreichen. Arbeitnehmern mit längeren Ausbildungszeiten müssen daher – so der BGH – überproportionale Abschläge hinnehmen, was zu einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung führt.

### Startgutschriften

Mit Rücksicht auf die Tarifautonomie bleibt es den Tarifvertragsparteien vorbehalten, eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen. Erste Gespräche hierüber haben im Dezember 2008 und Anfang März 2009 stattgefunden. Ein Verhandlungsergebnis zu den erforderlichen Neuregelungen bei den Startgutschriften konnte bislang nicht erzielt werden.

Vor dem Bundesverfassungsgericht sind seit 2008 zwei Verfassungsbeschwerden zu Startgutschriften rentenferner Pflichtversicherter anhängig (1 BvR 1373/08, 1 BvR 1433/08). Auch hier steht eine Entscheidung aus. Ende 2009 haben bereits rd. 130.000 rentenferne Pflichtversicherte eine VBL-Rente bezogen. Ihrer Rente wurde auf Basis der bisherigen Regelung zur Berechnung der Startgutschriften für Rentenferne ermittelt. Im Durchschnitt rechnen wir mit rd. 5.000 monatlichen Rentenanzugängen. Der prozentuale Anteil der rentenfernen Pflichtversicherten hieran steigt deutlich an. Bis eine verfassungskonforme Neuregelung vorliegt, steigen die Nachzahlungen von Monat zu Monat.

Auch die Familiengerichte warten auf eine Neuregelung. Laufende Verfahren in Versorgungsausgleichssachen werden nach § 148 Zivilprozessordnung ausgesetzt, solange wegen der Unwirksamkeit der Übergangsregelung für die Berechnung des in den Versorgungsausgleich einzubeziehenden Anrechts eine Rechtsgrundlage fehlt (vgl. Beschluss des BGH vom 5. November 2008, XII ZB 87/06). Bis Ende 2009 betraf dies 6.270 Verfahren. Auf Verfahren, die am 1. September 2009 ausgesetzt waren oder danach ausgesetzt werden, findet nach § 48 Versorgungsausgleichsgesetz das neue Recht zum Versorgungsausgleich Anwendung.

### Bestellung des Verantwortlichen Aktuars für die Pflichtversicherung.

Der Verantwortliche Aktuar für die Pflichtversicherung Herr Dipl.-Math. Dr. Joachim Bode stand mit Ablauf des 31. Dezember 2009 für eine Neubestellung nicht zur Verfügung. Der Verwaltungsrat hat auf Vorschlag des Vorstands Herrn Dr. Rainer Goldbach zum 1. Januar 2010 als Verantwortlichen Aktuar für die Pflichtversicherung bestellt.



# „Weiterkommen“ mit der richtigen Unterstützung.“

Von allgemein bis individuell: Wir unterstützen Sie mit einem vielfältigen Seminarangebot.

Immer auf dem neuesten Stand: Die VBL-Fachschulungen informieren über die aktuellen Neuerungen zur betrieblichen Altersvorsorge. Dabei sind sie speziell auf die Bedürfnisse der Führungskräfte und der verantwortlichen Ansprechpartner in den Personalabteilungen der bei uns beteiligten Arbeitgeber ausgerichtet. Die Referenten bringen langjährige Erfahrung mit und vermitteln komplexe Inhalte kompetent und verständlich. Alle VBL-Veranstaltungen sind im **VBLportal** buchbar.



Überdurchschnittlich und gegen den Trend: Die Bilanz der VBL für das Jahr 2009 fällt positiv aus und übertrifft die Ergebnisse des Vorjahres. Selbst im wirtschaftlichen Krisenumfeld hat sich die VBL sehr gut behauptet. Zurückzuführen ist der Erfolg auf eine überzeugende, solide Kapitalanlagestrategie mit antizyklischer Investmentphilosophie, der die VBL-Versicherten ihr Vertrauen schenken.

## Angaben zur Rechnungslegung.

### Satzungsvorschriften

Nach § 71 der Satzung erstellt die VBL jährlich einen Geschäftsbericht einschließlich eines vollständigen Jahresabschlusses und eines Lageberichts entsprechend den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV).

Innerhalb des Anstaltsvermögens ist für die Aufgabenbereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung jeweils ein gesonderter Abrechnungsverband mit getrennter Verwaltung von Aufwendungen, Erträgen und Kapitalanlagen zu führen (§ 59 VBLS).

Der Bereich Pflichtversicherung ist weiter zu unterteilen in einen umlagefinanzierten Bereich (Versorgungskonto I – § 64 Abs. 7 VBLS) und einen kapitalgedeckten Bereich (Versorgungskonto II – § 66 Abs. 3 VBLS).

Nach § 61 Abs. 5 VBLS sind im Versorgungskonto I die Aufwendungen und Erträge sowie das Vermögen weiter zu unterteilen in die Abrechnungsverbände West und Ost.

Im Versorgungskonto II werden Ansprüche und Anwartschaften geführt, die auf Beiträgen (§ 66 VBLS) beziehungsweise Gegenwerten (§ 23 Abs. 5 VBLS) beruhen, welche aufgrund der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Satzung neuer Fassung geleistet wurden. Da Gegenwerte bereits Verlustrücklage und Verwaltungskosten enthalten, diese im beitragsbezogenen Bereich jedoch erst aus den jährlichen Überschüssen aufgebaut werden müssen, ist das Versorgungskonto II in eine beitragsbezogene beziehungsweise gegenwartsbezogene Kapitaldeckung zu unterteilen.

Die Finanzbuchhaltung ist so aufgebaut, dass für die Bereiche Pflicht- und freiwillige Versicherung sowie für die Versorgungskonten I und II innerhalb der Pflichtversicherung jeweils eine eigene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erstellt wird. Die Trennung nach den Abrechnungsverbänden West und Ost innerhalb des Versorgungskontos I wird durch die Erstellung getrennter Gewinn- und Verlustrechnungen sowie einen separaten Ausweis der Vermögensanteile beider Abrechnungsverbände gewährleistet.

#### Aufbau der Finanzbuchhaltung

Um bei der Berichterstattung Klarheit und Übersichtlichkeit zu wahren und zugleich den in der Satzung gestellten Forderungen gerecht zu werden, wird jede Position der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Segmentberichterstattung in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) in die oben aufgeführten Bereiche untergliedert.

#### Ausweis im Geschäftsbericht

Die Verwaltungskosten werden getrennt nach Personal- und Sachausgaben in Anlehnung an die für die Bundesverwaltung geltenden Grundsätze im Verwaltungskostenhaushalt geführt. Haushaltsvoranschlag, Nachtragshaushalte und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder.

#### Verwaltungskosten

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Verwaltung von Versicherungsfällen, von Versicherungsverträgen und von Kapitalanlagen zuzuordnen und so auch in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Die Ermittlung der jeweiligen Anteile erfolgt über die Kostenrechnung.

## Bilanz zum 31. Dezember 2009.

Aktiva	31.12.2009		31.12.2008	
	€	€	€	€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
I. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände		3.864.709,24		4.657.835,24
<b>B. Kapitalanlagen</b>				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	524.372.917,53		481.526.888,02	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00		68.750,00	
2. Beteiligungen	34.105.293,06		14.802.279,34	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile	6.136.339.644,88		5.107.914.179,67	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	180.817.954,00		180.689.164,00	
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	107.840.989,49		155.338.048,10	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.755.297.197,98		1.832.969.834,35	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.204.973.575,89		2.223.928.988,21	
	<b>3.960.270.773,87</b>	<b>10.943.816.322,83</b>	<b>4.056.898.822,56</b>	<b>9.997.238.131,69</b>
<b>C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern</b>		14.064.204,04		8.702.587,06
<b>D. Forderungen</b>				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	895.550.167,93		952.524.307,78	
II. Sonstige Forderungen	24.683.230,70	920.233.398,63	32.267.240,99	984.791.548,77
<b>E. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				
I. Sachanlagen und Vorräte	3.573.304,58		3.841.681,63	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	3.101.093.135,24	3.104.666.439,82	2.867.272.383,93	2.871.114.065,56
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	73.075.647,68		90.366.329,69	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.996.835,29	75.072.482,97	2.017.239,57	92.383.569,26
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>15.061.717.557,53</b>		<b>13.958.887.737,58</b>



Passiva	31.12.2009		31.12.2008	
	€	€	€	€
<b>A. Rücklagen, Bilanzgewinn</b>				
I. Verlustrücklagen				
1. Pflichtversicherung	313.475.431,00		283.211.234,00	
2. Freiwillige Versicherung	41.374.365,30		27.816.601,23	
	<b>354.849.796,30</b>		<b>311.027.835,23</b>	
II. Bilanzgewinn				
1. Pflichtversicherung	35.221.152,00		6.440.867,00	
2. Freiwillige Versicherung	11.676.868,38		6.002.831,32	
	<b>46.898.020,38</b>	<b>401.747.816,68</b>	<b>12.443.698,32</b>	<b>323.471.533,55</b>
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I				
1. Abrechnungsverband West	7.230.785.338,77		6.862.459.038,94	
2. Abrechnungsverband Ost	1.901.137.709,24		1.757.886.389,24	
	<b>9.131.923.048,01</b>		<b>8.620.345.428,18</b>	
II. Deckungsrückstellungen				
1. Deckungsrückstellung für				
a) Pflichtversicherung	3.566.951.576,00		3.227.840.341,00	
b) Freiwillige Versicherung	604.507.488,64		449.200.680,26	
	<b>4.171.459.064,64</b>		<b>3.677.041.021,26</b>	
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.044.079.171,00		999.958.232,34	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	17.531.000,00		9.790.000,00	
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlagen und Beiträgen	62.927.000,00		87.466.000,00	
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung				
1. Pflichtversicherung	30.558.180,00		29.793.269,00	
2. Freiwillige Versicherung	6.950.466,57		2.557.554,00	
	<b>37.508.646,57</b>		<b>32.350.823,00</b>	
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	250.225,19	14.465.678.155,41	500.402,51	13.427.451.907,29
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern</b>		<b>14.064.204,04</b>		<b>8.702.587,06</b>
<b>D. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.772.201,00		4.792.602,00	
II. Sonstige Rückstellungen	12.250.919,50	17.023.120,50	12.016.199,00	16.808.801,00
<b>E. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	2.556.389,04		24.091.541,15	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	108.214.377,53		107.442.514,99	
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: € 371.169,87 (Vorjahr € 396.150,79) davon gegenüber verbundene Unternehmen: € 60.487,70 (Vorjahr € 40.687,41)	26.536.225,66	137.306.992,23	17.355.368,51	148.889.424,65
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>25.897.268,67</b>		<b>33.563.484,03</b>
<b>Summe der Passiva</b>		<b>15.061.717.557,53</b>		<b>13.958.887.737,58</b>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position B. II. Ziffer 1 und Position C. (Passiva) ausgewiesene Deckungsrückstellung nach den jeweils zuletzt genehmigten Technischen Geschäftsplänen berechnet worden ist.

Pflichtversicherung (B. II. 1. a):  
München, 16. April 2010  
Der Verantwortliche Aktuar Dr. Goldbach

Freiwillige Versicherung (B. II. 1. b + C.):  
Köln, 01. April 2010  
Der Verantwortliche Aktuar Engbroks

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

(Konsolidiert)	2009		2008	
	€	€	€	€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlagen, Sanierungsgeld und Beiträge	5.043.990.650,73		4.803.610.093,06	
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	20.823.236,93		19.584.931,06	
c) Erträge aus Überleitungen	453.782,45	5.065.267.670,11	585.959,73	4.823.780.983,85
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung		34.094,08		–
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 100.000,00 € (Vorjahr: 0,00 €)	100.000,00		139.793,83	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	109.713.922,73		107.163.946,04	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	633.188.787,66		410.091.543,97	
	742.902.710,39		517.255.490,01	
c) Erträge aus Zuschreibungen	37.418.295,64		5.369.748,80	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	43.708.409,61	824.129.415,64	90.667.738,83	613.432.771,47
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		2.246.001,22		165.950,39
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		14.468.827,07		20.810.618,99
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	4.409.484.796,14		4.333.289.157,61	
bb) Verwaltungsaufwendungen	37.882.038,70		34.862.184,48	
	4.447.366.834,84		4.368.151.342,09	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	7.702.000,00		-2.209.000,00	
c) Aufwendungen für Überleitungen	215.614,61	4.455.284.449,45	285.839,18	4.366.228.181,27
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	490.939.961,36		440.514.306,03	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-24.750.177,32	466.189.784,04	35.561.012,67	476.075.318,70
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)		37.882.038,71		34.862.184,48
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	90.833.126,16		71.971.860,13	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	43.390.813,63		134.430.298,19	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	186.515.920,35	320.739.860,14	174.334.618,88	380.736.777,20
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		–		3.329.572,03
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		23.711.883,07		16.983.414,56
12. Versicherungstechnisches Ergebnis		602.337.992,71		179.974.876,46

(Konsolidiert)	2009		2008	
	€	€	€	€
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge	7.289.475,04		24.403.774,48	
2. Sonstige Aufwendungen	15.286.408,75	-7.996.933,71	7.484.391,08	16.919.383,40
3. Jahresüberschuss		594.341.059,00		196.894.259,86
4. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen		-511.714.457,22		-160.356.882,51
5. Veränderung der Verlustrücklage		-35.728.581,40		-24.093.679,03
6. Bilanzgewinn		46.898.020,38		12.443.698,32

# „Auf jede Frage eine gute Antwort erhalten.“

Von speziell bis umfassend: Sie bekommen von uns einen genau auf Sie zugeschnittenen Service.

Bestens informiert: Der Kundenservice beantwortet Versicherten und Rentnern alle Fragen zur Pflichtversicherung und den freiwilligen Versicherungen. Er unterstützt die Kunden als kompetenter Ansprechpartner auf dem Weg zur passenden Altersvorsorge. Ein Anruf bei der Service-Hotline ist der perfekte Einstieg. Der Rückrufservice im **VBL**portal ist speziell für jene vorgesehen, die Kundenberatung zu einem bestimmten Zeitpunkt wünschen. Die Angebote zur Kontaktaufnahme sind vielfältig: Auch E-Mail-Formular, Fax oder der Online-Service ermöglichen den direkten Draht zur VBL.



Alle Versicherungsbereiche der VBL werden in einer konsolidierten Bilanz erfasst. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt. Die VBL arbeitet dabei mit stetigen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Aufgrund der in der VBL geforderten Trennung der Bereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung werden Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung dieser beiden Bereiche in der Berichterstattung getrennt ausgewiesen.

### Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden entsprechend den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Die Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formvorschriften der RechVersV unter Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten der VBL. Auf die freiwillige Versicherung finden ab dem Geschäftsjahr 2005 die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung.

Der Geschäftsbericht sowie die Erläuterungen des Anhangs beziehen sich grundsätzlich auf den konsolidierten Abschluss. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben. Als Nutzungsdauer werden in der Regel fünf Jahre zu Grunde gelegt.

Grundstücke und Gebäude werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die planmäßigen nutzungsbedingten Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen werden bei Mietwohnobjekten linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, bei (teil-) gewerblich genutzten Anwesen über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren und bei Garagen über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach § 341b HGB wie Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen werden nach § 341c HGB zu Nennwerten angesetzt. Agien bzw. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und anteilig über die Restlaufzeit aufgelöst.

Zero-Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Investmentanteile, die dazu bestimmt wurden, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, sind unter Anwendung der Regelung des § 341b HGB nach dem für das Anlagevermögen geltenden gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden aufgrund der Annahme einer dauerhaften Wertminderung vorgenommen.

Die übrigen Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit Wertaufholung bewertet. Danach werden Wertpapiere zum Börsenkurswert am Bilanzstichtag, höchstens jedoch zu den ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden zu Nennwerten angesetzt. Agien bzw. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und anteilig über die Restlaufzeit aufgelöst.

Zero-Schuldscheinforderungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Optionsprämien aus rohstoffindizierten Darlehen wurden im Berichtsjahr – abweichend zum Vorjahr – mit den zugehörigen Namensschuldverschreibungen bzw. Schuldscheindarlehen als einheitliche Vermögensgegenstände bilanziert. Diese Bilanzierungsänderung erfolgte aufgrund der erstmaligen Anwendung der Stellungnahme vom IDW HFA 22 und führt zu einem zutreffenderen Ausweis der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Dadurch verminderte sich der Bilanzansatz der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und entsprechend das Ergebnis um 21.208 Tsd. Euro; davon betreffen 13.342 Tsd. Euro die Namensschuldverschreibungen und 7.866 Tsd. Euro die Schuldscheinforderungen. Im Einzelnen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den Sonstigen Ausleihungen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern werden mit ihren Zeitwerten bilanziert.

Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert, zweifelhafte Forderungen angemessen wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten nach Abzug planmäßiger Abschreibungen. Als Nutzungsdauer werden fünf Jahre zu Grunde gelegt.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit ihren Nennwerten ausgewiesen.

Verlustrücklagen sind gemäß den Vorschriften der Satzung und der Technischen Geschäftspläne für alle kapitalgedeckten Bereiche zu bilden. Die Ermittlung der Verlustrücklagen zu den Stichtagen erfolgt durch Gutachten der Aktuarer, entsprechend den Satzungsvorschriften und den von der Aufsicht genehmigten Technischen Geschäftsplänen.

Aus den von den Aktuarern für die kapitalgedeckten Bereiche ermittelten Rohüberschüssen werden zunächst entsprechend den versicherungsmathematischen Gutachten die Verlustrücklagen dotiert. Verbleibende Jahresüberschüsse werden in den Bilanzgewinn eingestellt und entsprechend den durch die Gremien im Folgejahr getroffenen Beschlüssen verwendet.

Die Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I entsprechen den Vermögen, die zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen in Abrechnungsverbänden West und Ost zur Verfügung stehen. Sie werden durch Zuführung bzw. Entnahme der Jahresergebnisse im jeweiligen Abrechnungsverband verändert. Der Wert dieser Rückstellungen darf die erforderliche Kapitaldeckung für Ansprüche und Anwartschaften aus den bis 31. Dezember 1977 geleisteten Beiträgen nicht unterschreiten.



Deckungsrückstellungen – einschließlich eines Barwerts für Verwaltungskosten während der Leistungsphase – sind für das kapitalgedeckte Versorgungskonto II der Pflichtversicherung sowie für die freiwillige Versicherung zu bilden. Die Höhe der jeweiligen Deckungsrückstellung ergibt sich aus den von den Aktuaren zu den Stichtagen erstellten versicherungsmathematischen Gutachten.

Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen nach § 23 Abs. 2 VBLS aus beendeten Beteiligungen im umlagefinanzierten Versorgungskonto I (Gegenwerte) sowie Rückstellungen für anteilige Leistungsverpflichtungen nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS werden anhand versicherungsmathematischer Gutachten gebildet.

Rückstellungen für Leistungen aus übergeleiteten Versicherungen werden gemäß § 2b des Überleitungsabkommens gebildet. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Rentenrestlaufzeit von fünfzehn Jahren bzw. nach versicherungsmathematischen Vorgaben fortgeschrieben.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme bilanziert.

Für zurück zu zahlende Guthaben aus der jährlichen Umlagenabrechnung wird eine Rückstellung in Höhe von 50 Prozent des ermittelten Guthabenbetrages bilanziert.

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung wird jährlich gemäß Beschluss des Verwaltungsrats aus dem Bilanzgewinn dotiert und steht für Leistungserhöhungen zur Verfügung.

Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischer Berechnung unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,25 Prozent angesetzt.

Sonstige Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, rückständigen Urlaub, Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses werden entsprechend der voraussichtlichen Inanspruchnahme bilanziert. Die Rückstellung für Jubiläumsszuwendungen wird nach dem Pauschalwertverfahren gem. BMF Schreiben vom 29.10.1993 bzw. 12.04.1999 berechnet.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihren Rückzahlungsbeträgen bewertet.

## Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten A. I.–B. III. zum 31. Dezember 2009	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
<b>A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	4.658	525	–	–	–	1.318	3.865
<b>B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten</b>	481.527	53.962	–	619	–	10.497	524.373
<b>B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	–	–	–	–	–	69
2. Beteiligungen	14.802	–	–	–	19.303	–	34.105
<b>Summe B. II.</b>	<b>14.871</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>19.303</b>	<b>–</b>	<b>34.174</b>
<b>B. III. Sonstige Kapitalanlagen</b>							
1. Aktien, Investmentanteile	5.107.914	8.024.818	–	6.978.877	7.058	24.574	6.136.340
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	180.689	–	–	–	3.131	3.002	180.818
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	155.338	–	–	47.497	–	–	107.841
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	1.832.970	37.966	–	118.561	7.835	4.913	1.755.297
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.223.929	86.311	–	105.358	92	–	2.204.974
<b>Summe B. III.</b>	<b>9.500.840</b>	<b>8.149.095</b>	<b>–</b>	<b>7.250.293</b>	<b>18.115</b>	<b>32.489</b>	<b>10.385.269</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>10.001.896</b>	<b>8.203.582</b>	<b>–</b>	<b>7.250.912</b>	<b>37.418</b>	<b>44.303</b>	<b>10.947.681</b>

Davon freiwillige Versicherung.

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten A. I.–B. III. zum 31. Dezember 2009	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
<b>A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	-	-	-	-	-	-	-
<b>B. I. Grundstücke, Grundstücksgleiche Rechte und Bauten</b>	-	-	-	-	-	-	-
<b>B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>	-	-	-	-	-	-	-
<b>B. III. Sonstige Kapitalanlagen</b>							
1. Aktien, Investmentanteile	185.762	309.301	-	193.705	-	236	301.122
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-	-	-	-	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	168.135	6.877	-	-	-	-	175.012
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	36.855	1.975	-	-	-	-	38.830
<b>Summe B. III.</b>	<b>390.752</b>	<b>318.153</b>	<b>-</b>	<b>193.705</b>	<b>-</b>	<b>236</b>	<b>514.965</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>390.752</b>	<b>318.153</b>	<b>-</b>	<b>193.705</b>	<b>-</b>	<b>236</b>	<b>514.965</b>

## Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß §§ 54 und 56 RechVersV.

Zeitwerte von Anteilen an verbundenen Unternehmen entsprechen den Anschaffungskosten. Zeitwerte von Beteiligungen, Aktien, Investmentanteilen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden mit den Börsenwerten zum Bilanzstichtag angesetzt, wobei bei den Beteiligungen ein Abschlag in Höhe von 10 Prozent vorgenommen wurde. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Strukturierte Zinsprodukte sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden nach anerkannten Bewertungsmodellen wie Discounted Cashflow, Black-Scholes, Hull-White bewertet.

Zeitwerte (Aktiva B. II., III.)	Zeitwerte 31.12.2009 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2009 Tsd. €	Saldo 31.12.2009 Tsd. €	Zeitwerte 31.12.2008 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2008 Tsd. €	Saldo 31.12.2008 Tsd. €
<b>B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	69	0	69	69	0
2. Beteiligungen	34.105	34.105	0	14.802	14.802	0
<b>B. III. Sonstige Kapitalanlagen</b>						
1. Aktien, Investmentanteile	8.796.003	6.136.340	2.659.663	5.938.410	5.107.914	830.496
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	183.404	180.818	2.586	181.063	180.689	374
3. Hypotheken-, Grundschild und Rentenschuldforderungen	107.841	107.841	0	155.338	155.338	0
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	1.778.455	1.755.297	23.158	1.668.218	1.832.970	-164.752
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.267.493	2.204.974	62.519	2.242.800	2.223.929	18.871
<b>Insgesamt</b>	<b>13.167.370</b>	<b>10.419.443</b>	<b>2.747.927</b>	<b>10.200.701</b>	<b>9.515.711</b>	<b>684.990</b>

Davon freiwillige Versicherung	Zeitwerte 31.12.2009 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2009 Tsd. €	Saldo 31.12.2009 Tsd. €	Zeitwerte 31.12.2008 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2008 Tsd. €	Saldo 31.12.2008 Tsd. €
<b>B. III. Sonstige Kapitalanlagen</b>						
1. Aktien, Investmentanteile	406.828	301.122	105.706	211.234	185.762	25.472
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	158.038	175.012	-16.974	149.561	168.135	-18.574
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	33.314	38.830	-5.516	29.080	36.855	-7.775
<b>Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen</b>	<b>598.180</b>	<b>514.965</b>	<b>83.215</b>	<b>389.875</b>	<b>390.752</b>	<b>-877</b>

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 487.975 Tsd. €.

Bewertungsreserven der zum Anschaffungswert bzw. zum Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen:

Sonstige Ausleihungen	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2008 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2008 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2008 Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	111.026	16.164	87.868	180.916	+23.158	-164.752
Schuldscheinforderungen und Darlehen	120.225	114.057	57.705	95.186	+62.520	+18.871

Davon freiwillige Versicherung	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2008 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2008 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2008 Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	75	377	17.049	18.951	-16.974	-18.574
Schuldscheinforderungen und Darlehen	0	0	5.516	7.775	-5.516	-7.775

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten C. zum 31. Dezember 2009	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
<b>C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern</b>							
1. Aktienfonds	6.240	2.888	–	104	2.141	–	11.165
2. Rentenfonds	2.463	547	–	215	105	–	2.899
<b>Insgesamt</b>	<b>8.703</b>	<b>3.435</b>	<b>–</b>	<b>319</b>	<b>2.246</b>	<b>–</b>	<b>14.064</b>

Immaterielle  
Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um käuflich erworbene Software-Produkte für die im Hause eingesetzte Informationstechnologie. Im Berichtsjahr wurde neben Programmergänzungen im Rahmen der informationstechnischen Neuausrichtung ein neues PC-Betriebssystem in Betrieb genommen.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Von dem Zugang in Höhe von 53.962 Tsd. Euro entfallen 17.467 Tsd. Euro auf Wohn- und andere Bauten und 36.461 Tsd. Euro auf unfertige Bauten; 34 Tsd. Euro entfallen auf die Verwaltungsgebäude. Bei den Geschäftsbauten handelt es sich um eigengenutzte Verwaltungsgebäude der VBL.

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Geschäftsbauten	9.949	10.696
Wohn- und andere Bauten	434.470	352.452
Unfertige Bauten	79.954	118.379
	<b>524.373</b>	<b>481.527</b>

Anteile an verbundenen  
Unternehmen

Im Jahr 2008 wurden Beteiligungen an den Servicegesellschaften KaServ GmbH, ppp4its GmbH sowie IT-Additional-Services GmbH eingegangen. Der Ansatz erfolgte jeweils mit den Anschaffungskosten der Gesellschaftsanteile. Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaften wurde im Laufe des Jahres 2008 neu aufgenommen. Der Ansatz der Anteile zu Anschaffungskosten wurde beibehalten.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts wurde nach § 290 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Anteilsverzeichnis Firma	Anteil %	Eigenkapital	Jahresergebnis
		31.12.2009 €	2009 Tsd. €
KaServ GmbH, Karlsruhe	100	25.000,00	+465
IT-Additional-Services GmbH, Karlsruhe	100	25.000,00	+106
ppp4its GmbH, Karlsruhe	75	25.000,00	+40

Die Beteiligungen umfassen eine Beteiligung an der DEPFA Beteiligungs-Holding II GmbH sowie einer Beteiligung an der DEPFA-Beteiligungs-Holding III GmbH. Über beide Beteiligungen ist die VBL über weitere Holding-Gesellschaften mittelbar an der Aareal-Bank AG beteiligt. Aufgrund der Erholung des Börsenkurses der Aareal-Bank Aktien ergab sich zum 31.12.2009 eine Wertaufholung von 19,3 Mio. Euro bei den Beteiligungen.

#### Beteiligungen

Aktien befanden sich zum Bilanzstichtag nicht im Direktbestand. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um Anteile an Publikums- sowie um Anteile an Spezialfonds mit unterschiedlichen Anlagekonzepten. Der Wert der Investmentanteile beläuft sich auf 6.136.339,6 Tsd. Euro; davon in der freiwilligen Versicherung 301.122,4 Tsd. Euro. Von den Investmentanteilen waren am Bilanzstichtag insgesamt 357.724,6 Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet; die Marktwerte lagen über den Anschaffungskosten. Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Investmentfonds wurden zum 31. Dezember 2009 mit einem Betrag von insgesamt 24.573,6 Tsd. Euro auf den niedrigeren Zeitwert abgeschrieben. Der anteilige Abschreibungsbedarf in der freiwilligen Versicherung betrug 235,6 Tsd. Euro.

#### Aktien, Investmentanteile

Der Nominalwert des Wertpapierbestands betrug 192.800 Tsd. Euro. Eine Bewertung der Wertpapiere zum Börsenkurs am 31. Dezember 2009 ergibt einen Betrag in Höhe von 180.818 Tsd. Euro.

#### Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Zur Finanzierung von Wohngebäuden und sozialen Einrichtungen wurden an Beteiligte der VBL sowie an Versicherte erstrangige, durch Grundpfandrechte abgesicherte Darlehen vergeben. Die Darlehen an Versicherte werden treuhänderisch von der Postbank AG verwaltet. Die Buchwerte entsprechen den fortgeschriebenen Restforderungen.

#### Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

## Sonstige Ausleihungen

Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen wurden zu Nennwerten bilanziert. Agien bzw. Disagien werden in Höhe von 1.261,6 Tsd. Euro bzw. 4.447,0 Tsd. Euro unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Strukturierte (goldpreisindizierte) Finanzanlagen wurden im Berichtsjahr einheitlich bilanziert. Durch Rücknahme von kumulierten Zinserträgen aus Zerobonds i.H.v. 24.221,9 Tsd. Euro, von Abschreibungen auf Optionen i.H.v. 7.926,9 Tsd. Euro sowie von Zuschreibungen i.H.v. 4.913,2 Tsd. Euro waren die Bestände um 21.208,2 Tsd. Euro zu reduzieren.

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Namensschuldverschreibungen	1.755.297	1.832.970
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.204.974	2.223.929
	<b>3.960.271</b>	<b>4.056.899</b>

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Namensschuldverschreibungen	175.012	168.135
Schuldscheinforderungen und Darlehen	38.830	36.855
	<b>213.842</b>	<b>204.990</b>

## Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern

Der Ausweis umfasst Kapitalanlagen der Versicherten der freiwilligen fondsgebundenen Rentenversicherung. Im Bestand befinden sich 85.809,02 Anteile an Aktienfonds in Höhe von 11.165,5 Tsd. Euro und 22.087,278 Anteile an Rentenfonds in Höhe von 2.898,7 Tsd. Euro. Die Bewertung erfolgte jeweils zum Zeitwert.



Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008	Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft
	Tsd. €	Tsd. €	
Umlageforderungen aus der Pflichtversicherung	53.115	63.739	
Forderungen aufgrund von Überleitungen	92	80	
Forderungen aufgrund von Gegenwerten	521.863	574.767	
Forderungen nach § 2b des Überleitungsabkommens	2	–	
Rentenzahlungsvorschüsse	320.333	313.932	
Sonstige Forderungen	145	6	
	<b>895.550</b>	<b>952.524</b>	

  

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008	
	Tsd. €	Tsd. €	
Rentenzahlungsvorschüsse	–	34	
Sonstige Forderungen	–	3	
	–	<b>37</b>	

Uneinbringliche Forderungen aus Gegenwerten bei Ausscheiden von Beteiligten wurden im Berichtsjahr wegen Insolvenz mit insgesamt 13,4 Mio. Euro (Vorjahr 6,6 Mio. Euro) wertberichtigt.

Die Forderungen aus Rentenvorschüssen betreffen die für den Monat Januar 2010 gezahlten Leistungen.

Die Laufzeiten der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft liegen durchweg unter einem Jahr.

## Sonstige Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Erstattung Kapitalertragsteuer	232	232
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	393	369
Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	3.923	25.219
Fällige Mietforderungen	2.554	2.756
Personaldarlehen für Wohnraumbeschaffung	64	68
Personalvorschüsse	139	150
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	276	295
Verschiedenes	17.101	3.178
	<b>24.683</b>	<b>32.267</b>

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	4	2
	<b>4</b>	<b>2</b>

Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken resultieren aus endfälligen Darlehensforderungen sowie aus Zinsforderungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Rückständige Mietforderungen in Höhe von 2.089,6 Tsd. Euro wurden um 836 Tsd. Euro pauschal wertberichtigt.

Bei den Personaldarlehen handelt es sich um Grundschnuldforderungen mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent; die vereinbarten Laufzeiten betragen durchschnittlich 25 Jahre.

Die Personalvorschüsse enthalten vorfinanzierte Job-Tickets, die im Folgejahr ratierlich einbehalten werden sowie im Voraus bezahlte Bezüge.

Die Laufzeiten der übrigen sonstigen Forderungen betragen durchweg weniger als 1 Jahr.

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	276.256	208.384
Geldmarktkonten	2.824.837	2.658.888
	<b>3.101.093</b>	<b>2.867.272</b>

  

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	4.471	5.732
Geldmarktkonten	148.773	92.375
	<b>153.244</b>	<b>98.107</b>

Laufende Guthaben  
bei Kreditinstituten

Die Position Laufende Guthaben bei Kreditinstituten enthält kurzfristige Gelder in Höhe von 2.824,8 Tsd. Euro, die auf höherverzinslichen Geldmarktkonten mit täglicher Fälligkeit angelegt wurden.

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	72.302	89.233
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Gegenwertforderungen	–	381
Noch nicht durchgeführte Betriebskostenabrechnungen aus dem Grundstücksbereich	774	752
	<b>73.076</b>	<b>90.366</b>

  

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	258	528
	<b>258</b>	<b>528</b>

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, Zinsswaps, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden anteilig abgegrenzt.

Bei den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um mit Aufschlägen angeschaffte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen in Höhe von 1.261,6 Tsd. Euro sowie um im Voraus zu begleichende Verbindlichkeiten des Verwaltungskostenhaushalts.

Sonstige  
Rechnungsabgrenzungsposten

## Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).

## Rücklagen – Verlustrücklage

In den kapitalgedeckten Bereichen „Versorgungskonto II“ und „freiwilligen Versicherung“ sind gemäß VBL-Satzung Verlustrücklagen in Höhe von 10 Prozent der Deckungsrückstellung zu bilden. Die Veränderung der Rücklagen erfolgt aus den jährlichen Überschüssen durch Beschluss der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder auf der Grundlage von Gutachten und Vorschlägen der Aktuar. Im Versorgungskonto II wird die Verlustrücklage außerdem im Rahmen der Berechnung von Gegenwertforderungen bei Ausscheiden von Beteiligten aus der VBL erhöht.

Entwicklung der Verlustrücklage	VBL extra	VBL dynamik	Freiwillige Versicherung Gesamt	Abrechnungsverband Gegenwerte	Abrechnungsverband Beitrag	Versorgungskonto II Summe	VBL Gesamt
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Vortrag 01.01.2009	26.877	940	27.817	255.091	28.120	283.211	311.028
Entnahmen 2009	0	0	0	0	0	0	0
Zuführungen 2009	12.540	1.018	13.558	7.000	23.264	30.264	43.822
Stand 31.12.2009	39.417	1.958	41.375	262.091	51.384	313.475	354.850

## Rücklagen – Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn des Jahres 2008 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurde gemäß Verwaltungsratsbeschluss vom Dezember 2009 wie folgt verwendet:

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde der Bilanzgewinn in Höhe von 283 Tsd. Euro vollständig der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbands Beitrag wurde in Höhe von 500 Tsd. Euro der Rückstellung für Überschussbeteiligung und in Höhe von 5.658 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbandes **VBL**extra der freiwilligen Versicherung wurde in Höhe von 1.326 Tsd. Euro in die Verlustrücklage und in Höhe von 4.409 Tsd. Euro in die Rückstellung für Überschussbeteiligung eingestellt.

Im Abrechnungsverband **VBL**dynamik der freiwilligen Versicherung wurde der Bilanzgewinn in Höhe von 268 Tsd. Euro vollständig der Verlustrücklage zugeführt.

Die Rückstellung im umlagefinanzierten Bereich der Pflichtversicherung (Versorgungskonto I) ergibt sich aus der Differenz zwischen tatsächlich vorhandenen Vermögenswerten und den übrigen nicht auf künftigen Rentenleistungen beruhenden Verbindlichkeiten. Die Rückstellung muss gemäß § 61 Abs. 2 VBLS mindestens dem Deckungskapital für Ansprüche und Anwartschaften entsprechen, soweit diese auf den bis Dezember 1977 geleisteten Beiträgen beruhen.

Rückstellungen für  
Pflichtleistungen des  
Versorgungskontos I

Durch das Ausscheiden von Beteiligten waren Barwerte für Ansprüche und Anwartschaften in Höhe von 136,8 Tsd. Euro aus dieser Rückstellung in die Deckungsrückstellung des Versorgungskontos II zu übertragen. Die dadurch reduzierte Rückstellung für Pflichtleistungen war zum 31.12.2009 um das Jahresergebnis des Versorgungskontos I auf 9.131,9 Mio. Euro zu erhöhen. Dabei entfallen 7.230,8 Mio. Euro auf den Abrechnungsverband West und 1.901,1 Mio. Euro auf den Abrechnungsverband Ost.

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Stand am Ende des Vorjahres	8.620.345	8.464.548
Übertrag auf Versorgungskonto II	-137	-4.560
Zuweisung aus dem Überschuss	511.714	160.357
<b>Stand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>9.131.923</b>	<b>8.620.345</b>

## Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr war die Deckungsrückstellung im Versicherungsbereich **VBL**extra um 148,3 Mio. Euro auf 576,7 Mio. Euro zu erhöhen. Im Versorgungskonto II Abrechnungsverband Gegenwerte war die Deckungsrückstellung unter Berücksichtigung von unterjährigen Veränderungen aus in Rechnung gestellten Gegenwertforderungen und gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31. Dezember 2009 um 13,2 Mio. Euro auf 2.446,4 Mio. Euro zu erhöhen. Im Abrechnungsverband Beitrag erfolgte gemäß versicherungstechnischer Bilanz eine Erhöhung um 326 Mio. Euro auf 1.120,6 Mio. Euro.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden Gegenwerte und Beitrag der Pflichtversicherung sowie für die Versicherungsbereiche der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL**dynamik und des Punktemodells **VBL**extra der freiwilligen Versicherung werden auf der Grundlage der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Technischen Geschäftspläne getrennt und für alle Versicherten und Rentner individuell berechnet. Innerhalb jedes Versicherungsbereiches der freiwilligen Versicherung wird wiederum für den Tarif AVB01 und für den ab 1. Januar 2004 eingeführten Tarif AVB02 getrennt gerechnet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden grundsätzlich die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck mit einem Pensionierungsalter von 65 Jahren verwendet.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte des Versorgungskontos II wird bei der Berechnung der Netto-Deckungsrückstellung als Rechnungszins zur Ermittlung der Renten- und Anwartschaftsbarwerte während der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und während des Rentenbezuges 5,25 Prozent zugrunde gelegt. Als künftige jährliche Erhöhung der Betriebsrenten wird der Anpassungssatz nach § 39 VBLS berücksichtigt. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 2,2 Prozent der Netto-Deckungsrückstellung.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Beitrag wird der Rechnungszins bei der Ermittlung der Netto-Deckungsrückstellung in Höhe von 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalls angesetzt. Die in § 39 VBLS vorgesehene jährliche Anpassung der laufenden Renten ist implizit bei der Festsetzung des Rechnungszinses für die Zeit nach Eintritt des Versorgungs-

fallens bereits berücksichtigt worden. Demzufolge ergibt sich ab Eintritt des Versorgungsfalles eine erforderliche Verzinsung von rund 6,3 Prozent jährlich. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 1 Prozent der Netto-Deckungsrückstellung.

Die Deckungsrückstellung für die Altersvorsorgezulagen im Abrechnungsverband Beitrag wird zu den Bedingungen des Tarifs AVB02 der **VBL**extra berechnet.

Im Versicherungsbereich **VBL**extra der freiwilligen Versicherung wird im Tarif AVB01 und im Tarif AVB02 die Berechnung der Deckungsrückstellung für alle Versicherten und für alle Rentner einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung der zukünftigen Verwaltungskosten durchgeführt. Als Netto-Deckungsrückstellung gilt im Tarif AVB01 der größere der nach den folgenden zwei Ansätzen sich ergebende Wert:

Ansatz A: Der Rechnungszins beträgt 3,25 Prozent für die gesamte Dauer der Versicherung. Die Dynamisierung der laufenden Renten ab Rentenbeginn um 1 Prozent pro Jahr wird berücksichtigt. Einbezogen werden die garantierten Leistungen von 75 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen.

Ansatz B: Der Rechnungszins beträgt 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalles. Bewertet werden 100 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen. Künftige Erhöhungen der laufenden Renten bleiben dabei unberücksichtigt. Im Tarif AVB02 beträgt der Rechnungszins für die Zeit vor und für die Zeit nach Eintritt des Versorgungsfalles 2,75 Prozent.

Zur Deckung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind in beiden Tarifen 2 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 1 Prozent der Deckungsrückstellung für Renten und Anwartschaften der Anwärter.

Im Versicherungsbereich der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL** dynamik erfolgt die Ermittlung der Garantie-Deckungsrückstellung einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus den eingezahlten Beiträgen. Für den Tarif AVB01 wird die Berechnung der Garantie-Deckungsrückstellung mit einem Rechnungszins von 3,25 Prozent durchgeführt, für den Tarif AVB02 wird mit einem Rechnungszins von 2,75 Prozent gerechnet. Zur Deckung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind 3 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen. Die Verwaltungskostenrückstellung bis zum Rentenbeginn wird einzelvertraglich aus den eingezahlten Beiträgen berechnet.

#### Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge

Für Gegenwerte von bis zum 31. Dezember 2001 ausgeschiedenen Beteiligten, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt wurden, waren im Versorgungskonto I Rückstellungen zu bilden und fortzuschreiben.

Hatte eine andere Zusatzversorgungskasse Versicherte der VBL unter den Voraussetzungen des § 2b des Überleitungsabkommens übernommen, hatte die übernehmende Zusatzversorgungskasse einen Ausgleichsbetrag für die bei der VBL verbleibenden Rentenlasten zu entrichten. Diese Ausgleichsbeträge wurden im Versorgungskonto I als Rückstellung eingestellt und werden dort jährlich ergebniswirksam aufgelöst.

Nach § 22 Abs. 3 Satz 3 VBLS zur Abwendung einer Kündigung, nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS zu berechnende anteilige Gegenwerte sowie nicht vollständig einbringliche Gegenwerte sind im Versorgungskonto I in eine Rückstellung einzustellen und jährlich nach versicherungsmathematischer Fortschreibung aufzulösen.

#### Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für am Bilanzstichtag unerledigte Leistungsanträge ist eine Rückstellung in Höhe von durchschnittlich vier Monatsrenten zu bilden. Der Anteil der freiwilligen Versicherung an der Rückstellung in Höhe von 17,5 Mio. Euro beträgt 31 Tsd. Euro.



Für eventuell zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge ist eine Rückstellung in Höhe von 61,7 Mio. Euro zu bilden. Bemessungsgrundlage bildet der auf Grund der Jahresrechnung entstandene durchschnittliche Rückzahlungsbetrag der letzten fünf Jahre; die Rückstellung wurde mit 50 Prozent dieses Wertes angesetzt.

Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen

Für Beitragserstattungen ist eine weitere Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Anfang 2009 für das Vorjahr entstandenen Aufwendungen zu bilden.

Es handelt sich um die von den Aktuaren ermittelten Überschüsse aus den kapitalgedeckten Versicherungsbereichen, über deren Verwendung Vorstand und Verwaltungsrat auf Vorschlag der Aktuare entscheiden.

Rückstellung für Überschussbeteiligung

### Entwicklung der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung – RfB.

	VBLextra	VBLdynamik	Freiwillige Versicherung Gesamt	Abrech- nungs- verband Gegenwerte	Abrech- nungs- verband Beitrag	Versor- gungs- konto II Summe	VBL Gesamt
	€	€	€	€	€	€	€
<b>Bilanzwerte 31.12.2008</b>	<b>2.133.050</b>	<b>424.504</b>	<b>2.557.554</b>	<b>25.086.582</b>	<b>4.706.687</b>	<b>29.793.269</b>	<b>32.350.823</b>
Entnahmen 2009							
Erhöhung Deckungs- rückstellung durch Bonuspunkte	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen für Gewinnzuschläge	-16.193	-	-16.193	-	-17.901	-17.901	-34.094
Gutgeschriebene Überschussanteile	-	-	-	-	-	-	-
<b>Summe Entnahmen 2009</b>	<b>-16.193</b>	<b>-</b>	<b>-16.193</b>	<b>-</b>	<b>-17.901</b>	<b>-17.901</b>	<b>-34.094</b>
Zuführungen 2009							
Aus Überschuss des Geschäftsjahres	-	-	-	-	-	-	-
Aus Bilanzgewinn Vorjahre	4.409.106	-	4.409.106	282.812	500.000	782.812	5.191.918
<b>Summe Zuführungen 2009</b>	<b>4.409.106</b>	<b>-</b>	<b>4.409.106</b>	<b>282.812</b>	<b>500.000</b>	<b>782.812</b>	<b>5.191.918</b>
<b>Bilanzwerte 31.12. 2009</b>	<b>6.525.963</b>	<b>424.504</b>	<b>6.950.467</b>	<b>25.369.394</b>	<b>5.188.786</b>	<b>30.558.180</b>	<b>37.508.647</b>
§ 28 VIII 2. a) RechVersV für Gewinnzuschläge bis zum 31.12.2011 gebunden	160.000	-	160.000	-	325.000	325.000	485.000
§ 28 VIII 2. h) RechVersV ungebundener Teil RfB	6.365.962,96	424.503,61	6.790.466,57	25.369.394,00	4.863.786,00	30.233.180,00	37.023.646,57

#### Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Das zum 1. September 1994 vom Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein übernommene Vermögen zur Erfüllung der zugleich übernommenen Leistungsverpflichtungen wird unter Berücksichtigung der erbrachten Leistungen verzinst und entsprechend fortgeschrieben. Nach Aufzehrung des Vermögens erstattet die Bundesrepublik Deutschland monatlich die verauslagten Leistungen einschließlich Verwaltungskosten. Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Rückstellungsbedarf von 250,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 500 Tsd. Euro).

#### Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Rentenversicherung wird nach der retrospektiven Methode aus den Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert bewertet.

#### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellung wird gebildet für Pensionsanwartschaften von Vorstandsmitgliedern und von zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubten Beamten sowie für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die durch frühere Dienstverhältnisse von zur VBL beurlaubten Beamten begründet sind. Die laufenden Leistungen wurden mit dem Versicherungsmathematischen Barwert, die Anwartschaften mit ihrem Teilwert berücksichtigt. Der Rechnungszins beträgt 5,25 Prozent.

#### Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen, Überstunden und rückständige Urlaubsverpflichtungen, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie noch nicht verteilte Leistungszulagen waren jeweils zu erhöhen. Die Rückstellung für Altersteilzeitverträge verringerte sich geringfügig.

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	2.071	23.225
Im Voraus erhaltene Umlage und Beiträge	403	262
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Versicherungsfällen	82	604
	<b>2.556</b>	<b>24.091</b>

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	154	62
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Versicherungsfällen	–	186
	<b>154</b>	<b>248</b>

Umlagen- und Sanierungsgeldguthaben aus der Jahresrechnung 2008 sind auf Anforderung der beteiligten Arbeitgeber in Höhe von 2.1 Mio. Euro zurückzuzahlen.

Im Voraus für das Abrechnungsjahr 2010 erhaltene Umlagenzahlungen waren mit 402,9 Tsd. Euro abzugrenzen.

Zur Finanzierung von Finanzanlagen wurden Repo-Kredite in Höhe von 102.186 Tsd. Euro aufgenommen. Daraus resultierende Zinsaufwendungen wurden mit 6.028 Tsd. Euro abgegrenzt. Die Rückzahlung erfolgt aus satzungsmäßigen Beitragszahlungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

## Sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Langfristige Baudarlehen	47	128
Aufwendungsdarlehen	1.037	1.200
Mieterkautionen und -darlehen	14	26
Bebauung von Grundstücken	10	5
Instandhaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundstücken	3.823	8.442
Nebenkostenvorauszahlungen aus Vermietungen	1.185	1.116
Sicherheiten für Gewährleistungen	131	198
Im Voraus erhaltene Zins- und Tilgungsleistungen	365	360
Verbindlichkeiten aus der freiwilligen Versicherung	886	1.089
Verschiedenes	19.038	4.791
	<b>26.536</b>	<b>17.355</b>

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2009	31.12.2008
	Tsd. €	Tsd. €
Verbindlichkeiten für nicht zuordenbare Beitrags- und Zulagezahlungen	1.045	1.237
zuzüglich: Verbindlichkeiten für zu erstattende Verwaltungskosten	2.231	1.593
	<b>3.276</b>	<b>2.830</b>

Bei den langfristigen Baudarlehen handelt es sich um zinsverbilligte öffentliche Mittel, die im Rahmen von Grundstücksankäufen übernommen wurden. Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms wurde der VBL außerdem ein Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes in Höhe von ursprünglich 2.935 Tsd. Euro gewährt; der derzeitige Stand der Verbindlichkeit beträgt 1.037 Tsd. Euro.

Die Position „Verschiedenes“ enthält insbesondere kreditorische Debitoren in Höhe von 12.250 Tsd. Euro aus überzahlten Gegenwerten. Steuern in Höhe von 370 Tsd. Euro (Vorjahr: 396 Tsd. Euro) sowie Verbindlichkeiten für Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 4.541 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.367 Tsd. Euro) wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Insgesamt sind Verbindlichkeiten in Höhe von 1.084 Tsd. Euro grundpfandrechtlich abgesichert (Vorjahr: 1.328 Tsd. Euro).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag i.H.v. 60,5 Tsd. Euro (Vorjahr 40,7 Tsd. Euro); sie wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Die in der freiwilligen Versicherung ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten betragen 3.276 Tsd. Euro. Es handelt sich um Beitragszahlungen in Höhe von 1.045 Tsd. Euro, die wegen fehlenden oder unvollständigen Vertragsangaben am Bilanzstichtag keinem Vertrag zuzuordnen waren sowie um Verbindlichkeiten für zu erstattende Verwaltungskosten in Höhe von 2.231 Tsd. Euro.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten- spiegel 2009	Gesamt- betrag	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahren	Restlaufzeit über 5 Jahre
	€	€	€	€
E.I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	2.556.389,01	2.556.389,01	–	–
E.II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	108.214.377,53	108.214.377,53	–	–
E.III. Sonstige Verbindlichkeiten – langfristige Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen – Übrige sonstige Verbindlichkeiten	1.084.192,25	180.750,35	812.893,62	90.548,28
	25.452.033,43	25.452.033,43	–	–
	26.536.225,68	25.632.783,78	812.893,62	90.548,28
<b>Insgesamt</b>	<b>137.306.992,22</b>	<b>136.403.550,32</b>	<b>812.893,62</b>	<b>90.548,28</b>

Zinsverbindlichkeiten aus noch nicht fälligen Zinsswaps wurden in Höhe von 20.131 Tsd. Euro abgegrenzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagien aus Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen betragen zum Bilanzstichtag 4.935 Tsd. Euro (davon Freiwillige Versicherung 488 Tsd. Euro).

Die im Voraus erhaltenen Mieten betragen 832 Tsd. Euro.

## Sonstige Angaben

## Sonstige Erläuterungen zur Bilanz.

Zur Sicherung von bilanziellen Grundgeschäften (Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen) wurden Zinsswaps eingesetzt.

Den Umfang und die Zusammenstellung zeigt folgende Übersicht:

## Derivative Finanzinstrumente in Tsd. Euro.

VBL Gesamt	Anzahl	Nomi- nalwert	Buchwert		Marktwert		Bilanz- position
			Aktiva	Passiva	positiv	negativ	
Zinsbezogene Geschäfte							
Swappeschäfte							
Receiver-Swaps <sup>1</sup>	22	296.800	4.572	768	31.479	0	Aktiva: F. I. Passiva: F.
Payer-Swaps <sup>2</sup>	2	80.000	6	1.265	0	-3.370	
Receiver- und Payer- Swaps aus geschlossenen Absicherungen <sup>3</sup>	32	1.902.000	19.025	18.098	52.760	-26.428	

<sup>1</sup> Mithilfe eines Receiver-Swaps wird ein variabel-verzinsliches Wertpapier synthetisch in ein festverzinsliches Wertpapier gewandelt. Das Geschäft dient der Sicherung zukünftiger Zahlungsströme.

<sup>2</sup> Mithilfe eines Payer-Swaps wird ein festverzinsliches Wertpapier synthetisch in ein variabel-verzinsliches Wertpapier gewandelt. Das Geschäft dient zur Absicherung des Marktwerts gegen Zinsschwankungen.

<sup>3</sup> Soll eine Absicherung aufgehoben werden, so kann dies grundsätzlich auf 3 verschiedene Arten und Weisen erfolgen:

a) Auflösung des Swaps durch Ausgleichszahlung.

b) Glättstellung der Swaps durch den Abschluss eines Gegengeschäfts. Beide Swaps zusammen bilden in Ihrer Einheit ein synthetisches festverzinsliches Wertpapier.

c) Vertragsänderung des Swaps: Hierbei wird der Swap synthetisch zu einem festverzinslichen Wertpapier gewandelt.

Die unter 3 dargestellten Swappeschäfte beziehen sich auf die Varianten b und c.

Davon freiwillige Versicherung	Anzahl	Nomi- nalwert	Buchwert		Marktwert		Bilanz- position
			Aktiva	Passiva	positiv	negativ	
Zinsbezogene Geschäfte							
Swapgeschäfte							
Receiver-Swaps <sup>1</sup>	3	6.000	168	14	518	0	Aktiva: F. I. Passiva: F.
Payer-Swaps <sup>2</sup>	-	-	-	-	-	-	
Receiver- und Payer- Swaps aus geschlossenen Absicherungen <sup>3</sup>	-	-	-	-	-	-	

Der Bewertung liegen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White) zugrunde. Nennenswerte Einflussgrößen der Bewertungsmodelle sind unter anderem Zinssätze, Swaprates, Swaptions, implizite Volatilitäten, Wechselkurse, Rohstoffpreise (Quelle: Bloomberg).

Aufgrund einer Gebietsreform wurde der bei der VBL beteiligte Landkreis Hannover zum 1. November 2001 aufgelöst. Die dort bisher pflichtversicherten Arbeitnehmer sind auf die bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) beteiligte „Region Hannover“ übergegangen. Außerdem sind in diesem Zusammenhang weitere bisher bei der VBL beteiligte Arbeitgeber zum 1. Januar 2003 auf bei dieser ZVK beteiligte Einrichtungen übergegangen.

Sonstige finanzielle  
Verpflichtungen

Anstelle einer Verpflichtung nach § 2b des bis 31. Dezember 2001 geltenden Überleitungsabkommens zur Erstattung eines Barwertes für künftige Renten in Höhe von rund 118 Mio. Euro wurde mit der ZVK für diese Fälle eine jährliche Erstattung der von der VBL verauslagten Rentenleistungen vereinbart. Die sich hieraus ergebende Restverpflichtung beträgt rund 40,6 Mio. Euro.

Zur Sicherung von Kreditaufnahmen für die Finanzierung von Kapitalanlagen wurden Wertpapierpensionsgeschäfte abgeschlossen. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Inhaberschuldverschreibungen belaufen sich zum 31.12.2009 auf 112.050 Tsd. Euro.

Haftungsverhältnisse

Zur Sicherung von Verbindlichkeiten einer Kapitalanlagegesellschaft wurden Schuldscheinforderungen i.H.v. 116,0 Mio. Euro verpfändet bzw. abgetreten.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Übersicht über die Positionen der versicherungstechnischen Rechnung.

## Umlagen und Beiträge

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Pflichtversicherung</b>		
Umlagen Abrechnungsverband West (einschließlich Sanierungsgeld)	4.401.357	4.208.583
Umlagen Abrechnungsverband Ost	168.973	163.629
Beiträge Abrechnungsverband Ost	325.289	296.207
<b>Pflichtversicherung gesamt</b>	<b>4.895.619</b>	<b>4.668.419</b>
<b>Freiwillige Versicherung</b>		
Beiträge aus VBLextra	138.684	125.780
Beiträge aus VBLdynamik	9.688	9.411
<b>Freiwillige Versicherung gesamt</b>	<b>148.372</b>	<b>135.191</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>5.043.991</b>	<b>4.803.610</b>

Der im umlagefinanzierten Abrechnungsverband West erhobene Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 7.86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,0 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten im Jahr 2001, die jährlich um 1 Prozent dynamisiert werden. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1 Prozent.

Seit dem 1. Januar 2004 werden im Abrechnungsverband Ost neben einer Umlage von 1 Prozent Beiträge von 1 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben. Mit Wirkung ab 1. Januar 2008 wurde der Beitragssatz angehoben. Im Jahr 2009 haben die beteiligten Arbeitgeber, die das Tarifrecht des Bundes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) anwenden, 4 Prozent an die VBL abgeführt. Beteiligte, die das Tarifrecht der Länder anwenden, haben in 2009 für Beschäftigte der Vergütungsgruppen EG 1 bis 9 (BAT X bis Vb) 4 Prozent und für die höheren Vergütungsgruppen 1 Prozent Beitrag geleistet. Ab 1. Januar 2010 beträgt der Beitragssatz einheitlich 4 Prozent.

## Erträge aus Beteiligungen

Im Berichtsjahr wurde die Ausschüttung eines der verbundenen Unternehmens vereinnahmt.



Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus der Vermietung des Grundvermögens der VBL		
Fremdverwaltete Objekte	95.331	93.383
Eigenverwaltete Objekte	12.206	11.603
Mieterträge für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude	2.177	2.178
	<b>109.714</b>	<b>107.164</b>

Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten

Ausgewiesen werden die Brutto-Mieterträge aus vermieteten Immobilienobjekten. Die Mieten für die eigen genutzten Verwaltungsgebäude wurden aus dem Verwaltungskostenhaushalt finanziert.

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	441.042	107.060
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.803	8.130
Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	7.262	9.235
Namenschuldverschreibungen	71.948	132.167
Schuldscheinforderungen und Darlehen	106.134	153.500
	<b>633.189</b>	<b>410.092</b>

Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Davon freiwillige Versicherung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	26.793	12.993
Namenschuldverschreibungen	8.068	8.470
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.975	2.323
	<b>36.836</b>	<b>23.786</b>

Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Veräußerung von Grundstücken	4.517	49.482
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	39.191	40.566
Namensschuldverschreibungen	–	620
	<b>43.708</b>	<b>90.668</b>

Davon freiwillige Versicherung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	351	1.752
	<b>351</b>	<b>1.752</b>

Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen

Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen ergeben sich aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern.

Sonstige versicherungstechnische Erträge

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Zinsen für Gegenwerte	1.375	6.000
Zinsen für nachrichtete und zu spät gezahlte Umlage	4.341	5.985
Erträge im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	152	276
Übrige Erträge	8.601	8.549
	<b>14.469</b>	<b>20.810</b>

Bei den übrigen Erträgen handelt es sich um im Geschäftsjahr erhobene Gegenwertforderungen in Höhe von 8.595 Tsd. Euro, die wegen Insolvenz in vollem Umfang wertberichtigt wurden.

Zahlungen für Versicherungsfälle

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	3.871.665	3.805.670
An Hinterbliebene	524.627	513.309
	<b>4.396.292</b>	<b>4.318.979</b>
Sterbegelder	12	1.695
Abfindungen	7.831	6.949
Beitrags- und Umlageerstattungen	5.622	6.324
	<b>4.409.757</b>	<b>4.333.947</b>
Abzüglich Erträge aus Schadensersatzansprüchen (§ 50 VBLS)	272	641
Abzüglich Gewinnzuschläge RfB	–	17
	<b>4.409.485</b>	<b>4.333.289</b>

Davon freiwillige Versicherung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	854	440
An Hinterbliebene	18	8
	<b>872</b>	<b>448</b>
Todesfallleistungen	–	6
Abfindungen	516	467
Abzüglich Gewinnzuschläge RfB	–	7
	<b>1.388</b>	<b>914</b>

Aus den Leistungen wurden Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner in Höhe von 574.533 Tsd. Euro (Vorjahr: 569.988 Tsd. Euro) und zur Pflegeversicherung in Höhe von 74.008 Tsd. Euro (Vorjahr: 68.321 Tsd. Euro) abgeführt.

Durch Erhöhung der Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden sind insgesamt Aufwendungen in Höhe von 490,9 Tsd. Euro auszuweisen. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 160,7 Tsd. Euro.

Veränderung der übrigen  
versicherungstechnischen  
Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen resultiert zum einen aus der Reduzierung der Rückstellung für zurück zu zahlende Umlagen und Beiträge in Höhe von 24.500 Tsd. Euro sowie aus dem Verbrauch der Rückstellung für den Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung um 250 Tsd. Euro.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Verwaltung von Versicherungsfällen, von Versicherungsverträgen und von Kapitalanlagen zuzuordnen. Bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb handelt es sich somit um den über die Kostenrechnung ermittelten Anteil, der auf die Führung der Versicherungskonten entfällt. Die übrigen Anteile werden unter Aufwendungen für Versicherungsfälle beziehungsweise Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen. Wegen der Differenzierung nach Abrechnungsverbänden und Versorgungskonten wird auf die Segmentberichterstattung verwiesen.

Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Aufwendungen für Immobilien</b>		
Bewirtschaftung der Mietwohngrundstücke	32.922	33.241
Modernisierung der Mietwohngrundstücke	4.227	4.323
Instandhaltung der Mietwohngrundstücke	20.561	22.009
Abschreibungen auf Einrichtungen bei Mietobjekten	155	111
	<b>57.865</b>	<b>59.684</b>
<b>Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen</b>		
Zinsen und Kosten für Bau- und Aufwendungsdarlehen	25.082	4.824
Leistungsentgelte für die Verwaltung von Kapitalanlagen	832	1.107
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Aktien und Beteiligungen	20	-4
	<b>25.934</b>	<b>5.927</b>
<b>Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen</b>	<b>7.034</b>	<b>6.361</b>
	<b>90.833</b>	<b>71.972</b>

Davon freiwillige Versicherung	2009 Tsd. €	2008 Tsd. €
Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen		
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Aktien und Beteiligungen	-	-4
	-	-4
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	166	131
	<b>166</b>	<b>127</b>

Zusammensetzung	2009 Tsd. €	2008 Tsd. €
Grundstücke	10.497	9.127
Finanzanlagen	32.489	124.937
Niederschlagungen bzw. Ausbuchungen von Forderungen aus dem Bereich der Grundstücksverwaltung aus Vorjahren	405	366
	<b>43.391</b>	<b>134.430</b>

Abschreibungen  
auf Kapitalanlagen

Davon freiwillige Versicherung	2009 Tsd. €	2008 Tsd. €
Finanzanlagen	236	-
	<b>236</b>	-

Investmentanteile wurden mit 24,6 Mio. Euro auf den niedrigeren Zeitwert am Bilanzstichtag abgeschrieben. Optionen aus strukturierten Papieren waren durch einheitliche Bilanzierung mit insgesamt 4,9 Mio. Euro abzuschreiben. Bei zwei nach § 341b Abs 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordneten und damit nach den dafür geltenden Vorschriften zu bewertenden Investmentfonds waren auf Grund vorhandener stiller Reserven keine Abschreibungen vorzunehmen.

Gebäude wurden linear um 10,5 Mio. Euro abgeschrieben.

Verluste aus dem Abgang  
von Kapitalanlagen

Aus dem Verkauf von Fondsanteilen waren im Berichtsjahr Verluste in Höhe von 186.516 Tsd. Euro zu verzeichnen; davon freiwillige Versicherung 212,9 Tsd. Euro.

Nicht realisierte Verluste  
aus Kapitalanlagen

Nicht realisierte Verluste aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern ergaben sich nicht.

Sonstige versicherungstechnische  
Aufwendungen

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	16.875	12.391
von der VBL geleistete Beträge gemäß § 2b des Überleitungsabkommens	4.480	1.999
Versorgungsaufwendungen an Versorgungseinrichtungen	220	191
Sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich	2.137	2.402
	<b>23.712</b>	<b>16.983</b>

Davon freiwillige Versicherung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	34	47
	<b>34</b>	<b>47</b>

## Positionen der nichtversicherungstechnischen Rechnung.

Zusammensetzung	2009	2008	Sonstige Erträge
	Tsd. €	Tsd. €	
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	6.546	21.817	
Erträge aus der Verminderung der Pensionsrückstellung	21	–	
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Altersteilzeit	65	486	
Wertberichtigung auf Forderungen aus dem Leistungsbereich	–	229	
Erträge aus der Verminderung der Forderungen aus der Grundstücks- und Vermögensverwaltung	110	85	
Erträge aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	368	1.620	
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	179	167	
	<b>7.289</b>	<b>24.404</b>	

Davon freiwillige Versicherung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	178	572
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	6	13
	<b>184</b>	<b>585</b>

Die Position „Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung“ enthält Zinserträge aus Geldmarktkonten in Höhe von rund 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 20,7 Mio. Euro).

Sonstige Aufwendungen

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich aus Vorjahren	14.278	7.394
Außerordentliche Aufwendungen aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	166	75
Übrige Aufwendungen	842	15
	<b>15.286</b>	<b>7.484</b>

Die Position „Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich“ beinhaltet wertberichtigte Gegenwertforderungen infolge Insolvenz in Höhe von 13,4 Mio. Euro (Vorjahr: 6,6 Mio. Euro).

Jahresüberschuss

Die Ergebnisse nach Versicherungszweigen werden in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen

Die versicherungstechnische und nicht versicherungstechnische Rechnung führten im Geschäftsjahr 2009 im Versorgungskonto I zu einem Überschuss in Höhe von 511.714 Tsd. Euro. Der Überschuss wurde den Rückstellungen für Pflichtleistungen zugeführt. Auf den Abrechnungsverband West entfallen dabei 368.463 Tsd. Euro und auf den Abrechnungsverband Ost 143.251 Tsd. Euro. (siehe Segmentberichterstattung).



## Segmentberichte.

### Zielsetzung der Segmentberichterstattung.

Die VBL erstellt über alle Versicherungsbereiche eine konsolidierte Bilanz. Um der in der VBLS geforderten Trennung in die Bereiche „Pflichtversicherung“ beziehungsweise „freiwillige Versicherung“ auch in der Berichterstattung gerecht zu werden, erfolgt hier der Ausweis der einzelnen Zahlen getrennt nach Pflicht- und freiwilliger Versicherung und innerhalb der Pflichtversicherung getrennt nach den Versorgungskonten I und II. Bei den Versorgungskonten I beziehungsweise II wird durch separate Gewinn- und Verlustrechnungen noch nach den Abrechnungsverbänden West und Ost beziehungsweise Gegenwerte und Beitrag differenziert.

## Segmentberichte.

Bilanzpositionen der Aktivseite	Pflichtversicherung		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
	€	€	€	€	€	€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	3.864.709,24	4.657.835,24	–	–	–	–
<b>B. Kapitalanlagen</b>						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	524.372.917,53	481.526.888,02	–	–	–	–
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			–	–	–	–
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00	68.750,00				
2. Beteiligungen	34.105.293,06	14.802.279,34				
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	3.943.795.718,79	3.720.567.641,89	1.127.398.651,80	961.162.237,94	764.022.901,38	240.421.855,39
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	85.580.550,00	83.655.000,00	95.237.404,00	97.034.164,00	–	–
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	107.840.989,49	155.338.048,10	–	–	–	–
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	724.295.829,45	763.462.733,98	468.126.348,30	529.821.470,41	387.862.734,85	371.550.538,49
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.508.291.000,00	1.514.313.370,62	537.852.366,41	539.553.055,14	120.000.000,00	133.207.720,82
<b>C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern</b>	–	–	–	–	–	–
<b>D. Forderungen</b>						
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	385.782.899,94	440.400.883,82	508.736.407,45	510.773.130,19	1.030.500,99	1.313.456,16
II. Sonstige Forderungen						
1. Sonstige Forderungen	24.541.506,14	32.143.986,74	130.795,52	332.607,13	6.555,55	–
2. Interne Verrechnungen						
a) Forderung VK I an VK II	87.949.885,72	104.618.944,36	–	–	–	–
b) Forderung VK I an freiwillige Vers.	2.230.723,48	1.593.476,54	–	–	–	–
c) Forderung VK II an VK I	–	–	136.837,39	23.248.408,87	179.727,29	–
d) Forderung Beitrag an Gegenwerte	–	–	–	–	517.502,48	–
<b>E. Sonstige Vermögensgegenstände</b>						
I. Sachanlagen und Vorräte	3.573.304,58	3.841.681,63	–	–	–	–
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	2.822.314.112,21	2.418.117.553,55	87.831.913,82	130.065.853,11	37.702.585,54	220.981.437,15
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	55.816.034,99	67.515.200,84	14.596.238,59	18.238.587,54	2.405.127,75	4.084.738,94
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	957.283,23	925.318,23	1.039.552,06	1.091.921,34	–	–
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>10.315.381.507,85</b>	<b>9.807.549.592,90</b>	<b>2.841.086.515,34</b>	<b>2.811.321.435,67</b>	<b>1.313.727.635,83</b>	<b>971.559.746,95</b>

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
€	€	€	€	€	€	€	€
-	-	3.864.709,24	4.657.835,24	-	-	3.864.709,24	4.657.835,24
-	-	524.372.917,53	481.526.888,02	-	-	524.372.917,53	481.526.888,02
-	-	68.750,00	68.750,00	-	-	68.750,00	68.750,00
-	-	34.105.293,06	14.802.279,34	-	-	34.105.293,06	14.802.279,34
301.122.372,91	185.762.444,45	6.136.339.644,88	5.107.914.179,67	-	-	6.136.339.644,88	5.107.914.179,67
-	-	180.817.954,00	180.689.164,00	-	-	180.817.954,00	180.689.164,00
-	-	107.840.989,49	155.338.048,10	-	-	107.840.989,49	155.338.048,10
175.012.285,38	168.135.091,47	1.755.297.197,98	1.832.969.834,35	-	-	1.755.297.197,98	1.832.969.834,35
38.830.209,48	36.854.841,63	2.204.973.575,89	2.223.928.988,21	-	-	2.204.973.575,89	2.223.928.988,21
14.064.204,04	8.702.587,06	14.064.204,04	8.702.587,06	-	-	14.064.204,04	8.702.587,06
359,55	36.837,61	895.550.167,93	952.524.307,78	-	-	895.550.167,93	952.524.307,78
4.373,49	1.576,91	24.683.230,70	32.478.170,78	-	210.929,79	24.683.230,70	32.267.240,99
-	-	87.949.885,72	104.618.944,36	87.949.885,72	104.618.944,36	-	-
-	-	2.230.723,48	1.593.476,54	2.230.723,48	1.593.476,54	-	-
-	-	316.564,68	23.248.408,87	316.564,68	23.248.408,87	-	-
-	-	517.502,48	-	517.502,48	-	-	-
-	-	3.573.304,58	3.841.681,63	-	-	3.573.304,58	3.841.681,63
153.244.523,67	98.107.540,12	3.101.093.135,24	2.867.272.383,93	-	-	3.101.093.135,24	2.867.272.383,93
258.246,35	527.802,37	73.075.647,68	90.366.329,69	-	-	73.075.647,68	90.366.329,69
-	-	1.996.835,29	2.017.239,57	-	-	1.996.835,29	2.017.239,57
<b>682.536.574,87</b>	<b>498.128.721,62</b>	<b>15.152.732.233,89</b>	<b>14.088.559.497,14</b>	<b>91.014.676,36</b>	<b>129.671.759,56</b>	<b>15.061.717.557,53</b>	<b>13.958.887.737,58</b>

Bilanzpositionen der Passivseite	Pflichtversicherung		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	Versorgungskonto I		31.12.2009		31.12.2008	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
	€	€	€	€	€	€
<b>A. Rücklagen</b>						
I. Verlustrücklage	–	–	262.091.183,00	255.091.043,00	51.384.248,00	28.120.191,00
II. Bilanzgewinn	–	–	20.284.881,00	282.812,00	14.936.271,00	6.158.055,00
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen						
1. Abrechnungsverband West	7.230.785.338,77	6.862.459.038,94	–	–	–	–
2. Abrechnungsverband Ost	1.901.137.709,24	1.757.886.389,24	–	–	–	–
II. Deckungsrückstellungen						
1. Deckungsrückstellung	–	–	2.446.356.287,00	2.433.198.852,00	1.120.595.289,00	794.641.489,00
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.044.079.171,00	999.958.232,34	–	–	–	–
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	17.500.000,00	9.620.000,00	–	–	–	–
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen	61.421.000,00	86.353.000,00	6.000,00	13.000,00	1.500.000,00	1.100.000,00
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	25.369.394,00	25.086.582,00	5.188.786,00	4.706.687,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	250.225,19	500.402,51	–	–	–	–
<b>C. Versicherungstechnische Rückstel- lungen soweit das Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern</b>	–	–	–	–	–	–
<b>D. Andere Rückstellungen</b>						
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.772.201,00	4.792.602,00	–	–	–	–
II. Sonstige Rückstellungen	12.250.919,50	12.016.199,00	–	–	–	–
<b>E. Andere Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	2.397.196,48	23.821.474,79	–	–	5.090,66	22.463,25
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	–	–	108.214.377,53	107.442.514,99
III. Sonstige Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	19.193.787,94	14.985.318,37	6.297.055,17	1.046.760,33	81,12	297.259,86
2. Interne Verrechnungen						
a) Verbindlichkeiten VK II gegenüber VK I	–	–	76.987.349,79	91.464.546,09	10.962.535,93	27.594.863,32
b) Verbindlichkeiten freiwillige Versicherung gegenüber VK I	–	–	–	–	–	–
c) Verbindlichkeiten VK I gegenüber VK II	316.564,68	8.807.943,82	–	–	–	–
d) Verbindlichkeiten VK II Gegen- werte gegenüber VK II -Beitrag	–	–	517.502,48	–	–	–
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	21.277.394,05	26.348.991,89	3.176.862,90	5.137.840,25	940.956,59	1.476.223,53
<b>Summe der Passiva</b>	<b>10.315.381.507,85</b>	<b>9.807.549.592,90</b>	<b>2.841.086.515,34</b>	<b>2.811.321.435,67</b>	<b>1.313.727.635,83</b>	<b>971.559.746,95</b>

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
€	€	€	€	€	€	€	€
41.374.365,30	27.816.601,23	354.849.796,30	311.027.835,23	-	-	354.849.796,30	311.027.835,23
11.676.868,38	6.002.831,32	46.898.020,38	12.443.698,32	-	-	46.898.020,38	12.443.698,32
-	-	7.230.785.338,77	6.862.459.038,94	-	-	7.230.785.338,77	6.862.459.038,94
-	-	1.901.137.709,24	1.757.886.389,24	-	-	1.901.137.709,24	1.757.886.389,24
604.507.488,64	449.200.680,26	4.171.459.064,64	3.677.041.021,26	-	-	4.171.459.064,64	3.677.041.021,26
-	-	1.044.079.171,00	999.958.232,34	-	-	1.044.079.171,00	999.958.232,34
31.000,00	170.000,00	17.531.000,00	9.790.000,00	-	-	17.531.000,00	9.790.000,00
-	-	62.927.000,00	87.466.000,00	-	-	62.927.000,00	87.466.000,00
6.950.466,57	2.557.554,00	37.508.646,57	32.350.823,00	-	-	37.508.646,57	32.350.823,00
-	-	250.225,19	500.402,51	-	-	250.225,19	500.402,51
14.064.204,04	8.702.587,06	14.064.204,04	8.702.587,06	-	-	14.064.204,04	8.702.587,06
-	-	4.772.201,00	4.792.602,00	-	-	4.772.201,00	4.792.602,00
-	-	12.250.919,50	12.016.199,00	-	-	12.250.919,50	12.016.199,00
154.101,90	247.603,11	2.556.389,04	24.091.541,15	-	-	2.556.389,04	24.091.541,15
-	-	108.214.377,53	107.442.514,99	-	-	108.214.377,53	107.442.514,99
1.045.301,43	1.236.959,74	26.536.225,66	17.566.298,30	-	210.929,79	26.536.225,66	17.355.368,51
-	-	87.949.885,72	119.059.409,41	87.949.885,72	119.059.409,41	-	-
2.230.723,48	1.593.476,54	2.230.723,48	1.593.476,54	2.230.723,48	1.593.476,54	-	-
-	-	316.564,68	8.807.943,82	316.564,68	8.807.943,82	-	-
-	-	517.502,48	-	517.502,48	-	-	-
502.055,13	600.428,36	25.897.268,67	33.563.484,03	-	-	25.897.268,67	33.563.484,03
<b>682.536.574,87</b>	<b>498.128.721,62</b>	<b>15.152.732.233,89</b>	<b>14.088.559.497,14</b>	<b>91.014.676,36</b>	<b>129.671.759,56</b>	<b>15.061.717.557,53</b>	<b>13.958.887.737,58</b>

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Pflichtversicherung		Versorgungskonto I – West	
	Versorgungskonto I – gesamt		Versorgungskonto I – West	
	2009	2008	2009	2008
	€	€	€	€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	4.570.330.298,06	4.372.212.225,92	4.401.356.832,94	4.208.582.649,30
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	20.823.236,93	19.584.931,06	20.140.264,60	19.820.345,34
c) Erträge aus Überleitungen	453.782,45	585.959,73	453.218,38	584.967,13
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	-	-	-	-
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	100.000,00	139.793,83	100.000,00	139.793,83
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	109.713.922,73	107.163.946,04	109.713.922,73	107.163.946,04
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	431.154.333,05	262.032.694,01	431.154.333,05	262.032.694,01
c) Erträge aus Zuschreibungen	27.524.203,94	3.387.724,92	27.524.203,94	3.387.724,92
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	36.659.907,75	70.191.009,24	36.659.907,75	70.191.009,24
e) Verrechnungskonto West – Ost	-	-	-115.174.391,57	-74.863.669,68
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	-	-	-	-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	12.679.369,64	13.396.916,87	11.955.149,00	13.383.866,46
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Leistungen	4.329.642.895,14	4.241.105.898,50	4.197.135.923,59	4.125.636.411,68
bb) Verwaltungsaufwendungen	35.291.283,73	32.794.807,40	31.733.911,09	29.738.243,31
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	7.848.000,00	-2.342.000,00	7.367.000,00	-2.074.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	213.337,94	285.839,18	213.335,94	285.835,18
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	-	-	-	-
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-25.150.177,32	35.061.012,67	-24.450.177,32	34.361.012,67
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	31.924.026,20	29.541.172,31	27.416.665,12	25.389.563,76
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	84.079.511,86	66.502.431,34	83.330.755,84	65.844.813,43
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	37.625.659,81	119.032.993,51	37.625.659,81	119.032.993,51
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	166.412.881,68	163.849.701,35	166.412.881,68	163.849.701,35
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	-	-	-	-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	21.541.022,92	16.938.401,88	21.031.538,66	16.001.461,20
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+520.010.612,59	+145.924.943,48	+376.065.946,41	+32.357.290,50
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge	6.191.684,75	21.910.555,55	6.163.506,36	21.843.028,52
2. Sonstige Aufwendungen	14.487.840,12	7.478.616,52	13.766.315,55	7.478.337,44
3. Jahresüberschuss	+511.714.457,22	+160.356.882,51	+368.463.137,22	+46.721.981,58
4. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-511.714.457,22	-160.356.882,51	-368.463.137,22	-46.721.981,58
5. Veränderung der Verlustrücklage	-	-	-	-
6. Bilanzgewinn	-	-	-	-

Pflichtversicherung

Versorgungskonto I – Ost

Versorgungskonto II –  
gesamt

Versorgungskonto II –  
Gegenwerte

Versorgungskonto II –  
Beitrag

2009		2008		2009		2008		2009		2008	
€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
168.973.465,12	163.629.576,62	325.288.687,04	296.206.913,73	-	-	325.288.687,04	296.206.913,73				
682.972,33	-235.414,28	-	-	-	-	-	-				
564,07	992,60	-	-	-	-	-	-				
-	-	17.901,00	-	-	-	-	-	17.901,00	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	165.198.050,12	124.272.549,47	98.440.285,71	85.915.341,80	66.757.764,41	38.357.207,67				
-	-	9.894.091,70	1.982.023,88	9.277.521,70	1.982.023,88	616.570,00	-				
-	-	6.697.416,05	18.724.324,55	6.339.158,21	15.164.089,12	358.257,84	3.560.235,43				
115.174.391,57	74.863.669,68	-	-	-	-	-	-				
-	-	-	-	-	-	-	-				
724.220,64	13.050,41	4.957.206,72	10.358.388,26	4.956.419,24	10.356.524,07	787,48	1.864,19				
132.506.971,55	115.469.486,82	78.454.052,74	91.269.493,42	73.349.613,62	87.932.875,48	5.104.439,12	3.336.617,94				
3.557.372,64	3.056.564,09	2.423.706,46	1.977.010,56	669.513,02	607.500,89	1.754.193,44	1.369.509,67				
481.000,00	-268.000,00	-7.000,00	13.000,00	-7.000,00	13.000,00	-	-				
2,00	4,00	-	-	-	-	-	-				
-	-	330.271.536,00	303.978.673,82	4.317.736,00	6.345.796,82	325.953.800,00	297.632.877,00				
-700.000,00	700.000,00	400.000,00	500.000,00	-	-	400.000,00	500.000,00				
4.507.361,08	4.151.608,55	4.331.781,79	3.981.599,17	952.854,15	909.924,54	3.378.927,64	3.071.674,63				
748.756,02	657.617,91	6.587.120,44	5.342.916,36	3.962.831,29	216.455,92	2.624.289,15	5.126.460,44				
-	-	5.529.586,18	15.397.303,09	3.993.323,98	14.620.099,53	1.536.262,20	777.203,56				
-	-	19.890.101,27	8.013.498,69	220.080,79	27.500,00	19.670.020,48	7.985.998,69				
-	-	-	-	-	-	-	-				
509.484,26	936.940,68	5.304.327,68	2.943.049,47	4.951.952,29	2.709.459,66	352.375,39	233.589,81				
+143.944.666,18	+113.567.652,98	+58.868.140,07	+18.127.655,31	+26.602.479,72	+35.366,03	+32.265.660,35	+18.092.289,28				
28.178,39	67.527,03	913.815,69	1.908.425,11	635.702,56	841.902,15	278.113,13	1.066.522,96				
721.524,57	279,08	796.260,76	1.534,39	794.760,28	777,15	1.500,48	757,24				
+143.251.320,00	+113.634.900,93	+58.985.695,00	+20.034.546,03	+26.443.422,00	+876.491,03	32.542.273,00	+19.158.055,00				
-143.251.320,00	-113.634.900,93	-	-	-	-	-	-				
-	-	-23.764.543,00	-13.593.679,03	-6.158.541,00	-593.679,03	-17.606.002,00	-13.000.000,00				
-	-	-35.221.152,00	-6.440.867,00	-20.284.881,00	-282.812,00	-14.936.271,00	-6.158.055,00				

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Freiwillige Versicherung	
	2009	2008
	€	€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>		
1. Umlageaufkommen		
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	148.371.665,63	135.190.953,41
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	–	–
c) Erträge aus Überleitungen	–	–
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	16.193,08	–
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	–	–
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	–	–
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	36.836.404,49	23.786.300,49
c) Erträge aus Zuschreibungen	–	–
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	351.085,81	1.752.405,04
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	2.246.001,22	165.950,39
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	–	–
6. Aufwendungen für Leistungen		
a) Leistungen		
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	1.387.848,26	913.765,69
bb) Verwaltungsaufwendungen	167.048,51	90.366,52
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-139.000,00	120.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	2.276,67	–
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	160.668.425,36	136.535.632,21
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	–	–
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	1.626.230,72	1.339.413,00
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	166.493,86	126.512,43
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	235.567,64	1,59
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	212.937,40	2.471.418,84
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	–	3.329.572,03
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	34.281,76	46.649,35
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+23.459.240,05	+15.922.277,67
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>		
1. Sonstige Erträge	183.974,60	584.793,82
2. Sonstige Aufwendungen	2.307,87	4.240,17
3. Jahresüberschuss	+23.640.906,78	+16.502.831,32
4. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	–	–
5. Veränderung der Verlustrücklage	-11.964.038,40	-10.500.000,00
6. Bilanzgewinn	-11.676.868,38	-6.002.831,32



Summen Segmentberichte		Konsolidierte Beträge				Konsolidiert	
2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
€	€	€	€	€	€	€	€
5.043.990.650,73	4.803.610.093,06	-	-	5.043.990.650,73	4.803.610.093,06		
20.823.236,93	19.584.931,06	-	-	20.823.236,93	19.584.931,06		
453.782,45	585.959,73	-	-	453.782,45	585.959,73		
34.094,08	-	-	-	34.094,08	-		
100.000,00	139.793,83	-	-	100.000,00	139.793,83		
109.713.922,73	107.163.946,04	-	-	109.713.922,73	107.163.946,04		
633.188.787,66	410.091.543,97	-	-	633.188.787,66	410.091.543,97		
37.418.295,64	5.369.748,80	-	-	37.418.295,64	5.369.748,80		
43.708.409,61	90.667.738,83	-	-	43.708.409,61	90.667.738,83		
-	-	-	-	-	-		
2.246.001,22	165.950,39	-	-	2.246.001,22	165.950,39		
17.636.576,36	23.755.305,13	3.167.749,29	2.944.686,14	14.468.827,07	20.810.618,99		
4.409.484.796,14	4.333.289.158,03	-	-	4.409.484.796,14	4.333.289.157,61		
37.882.038,70	34.862.184,48	-	-	37.882.038,70	34.862.184,48		
7.702.000,00	-2.209.000,00	-	-	7.702.000,00	-2.209.000,00		
215.614,61	285.839,18	-	-	215.614,61	285.839,18		
490.939.961,36	440.514.306,03	-	-	490.939.961,36	440.514.306,03		
-24.750.177,32	35.561.012,67	-	-	-24.750.177,32	35.561.012,67		
37.882.038,71	34.862.184,48	-	-	37.882.038,71	34.862.184,48		
90.833.126,16	71.971.860,13	-	-	90.833.126,16	71.971.860,13		
43.390.813,63	134.430.298,19	-	-	43.390.813,63	134.430.298,19		
186.515.920,35	174.334.618,88	-	-	186.515.920,35	174.334.618,88		
-	3.329.572,03	-	-	-	3.329.572,03		
26.879.632,36	19.928.100,70	3.167.749,29	2.944.686,14	23.711.883,07	16.983.414,56		
+602.337.992,71	+179.974.876,04	-	-	+602.337.992,71	+179.974.876,46		
7.289.475,04	24.403.774,48	-	-	7.289.475,04	24.403.774,48		
15.286.408,75	7.484.391,08	-	-	15.286.408,75	7.484.391,08		
+594.341.059,00	+196.894.259,86	-	-	+594.341.059,00	+196.894.259,86		
-511.714.457,22	-160.356.882,51	-	-	-511.714.457,22	-160.356.882,51		
-35.728.581,40	-24.093.679,03	-	-	-35.728.581,40	-24.093.679,03		
-46.898.020,38	-12.443.698,32	-	-	-46.898.020,38	-12.443.698,32		

Zusammen- setzung der Zah- lungen für Leistungen	Pflichtversicherung										Freiwillige Versicherung	
	Konsolidiert		Versorgungskonto I						Versorgungs- konto II Konsolidiert			
			Konsolidiert		Abrechnungs- verband West		Abrechnungs- verband Ost					
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
<b>Leistungen aus der Versicherung</b>												
Betriebsrenten												
An Versicherte	3.870.810	3.805.231	3.798.950	3.721.369	3.669.541	3.609.065	129.409	112.304	71.860	83.862	854	440
An Hinter- bliebene	524.609	513.301	518.215	506.084	515.117	503.011	3.098	3.073	6.394	7.217	18	8
	4.395.419	4.318.532	4.317.165	4.227.453	4.184.658	4.112.076	132.507	115.377	78.254	91.079	872	448
<b>Sonstige Leistungen</b>												
Sterbegelder	12	1.689	48	1.667	44	1.637	4	30	-36	22	-	6
Abfindungen	7.315	6.481	7.128	6.352	7.086	6.288	42	64	187	129	516	467
Beitrags- und Umlageerstat- tungen	5.622	6.323	5.573	6.274	5.564	6.260	9	14	49	49	-	-
<b>Brutto- Leistungen</b>	4.408.368	4.333.025	4.329.914	4.241.746	4.197.352	4.126.261	132.562	115.485	78.454	91.279	1.388	921
Abzüglich Erträge aus Schadens- ersatzansprüchen <sup>1</sup>	272	641	271	641	216	625	55	16	1	0	-	-
Abzüglich Entnahme RiB für Gewinnzuschlag	-	9	-	-	-	-	-	-	-	9	-	7
<b>Netto- Leistungen</b>	4.408.097	4.332.375	4.329.643	4.241.105	4.197.136	4.125.636	132.507	115.469	78.454	91.270	1.388	914

<sup>1</sup> § 50 VBLS bzw. § 18 AVBextra

Im Jahresdurchschnitt waren bei der VBL beschäftigt:

Mitarbeiter

Zusammensetzung	2009	2008
	Anzahl	Anzahl
Vorstandsmitglieder und zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubte Beamte	4	4
Beschäftigte	897	883
	<b>901</b>	<b>887</b>

Die Personalkennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Zusammensetzung		Stand	Stand
		31.12.2009	31.12.2008
Personalbestand	Anzahl	902	894
Davon: Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	149	145
Altersteilzeitbeschäftigte	Anzahl	128	85
Durchschnittsalter	Jahre	46	45,9
Anteil der weiblichen Mitarbeiter	%	53,09	51,45
Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiter	%	6,74	7,13

Zusammensetzung	2009	2008
	Tsd. €	Tsd. €
Löhne und Gehälter	32.781	31.487
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	6.341	6.085
Aufwendungen für Altersversorgung	2.407	2.124

Personalaufwendungen

Zusammensetzung	2009
	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	130
sonstige Leistungen	391
	<b>521</b>

Honorare für Abschlussprüfer

## Organe

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und die nebenamtlichen Mitglieder des Vorstands erhalten lediglich Ersatz ihrer Aufwendungen. Die hauptamtlichen Mitglieder des Vorstands werden nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vergütet.

Die nach § 285 Nr. 9a HGB anzugebenden Gesamtbezüge im Jahr 2009 betragen 339,8 Tsd. Euro für den Vorstand und 5,4 Tsd. Euro für den Verwaltungsrat. Die nach § 285 Nr. 9b HGB anzugebenden Rückstellungsbeträge belaufen sich zum 31. Dezember 2009 auf 3.541 Tsd. Euro. Die Bezüge nach § 285 Nr. 9b HGB belaufen sich in 2009 auf 343 Tsd. Euro.

## Verwaltungsrat.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Hartmut Möllring, Finanzminister des Landes Niedersachsen, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover, Vorsitzender
- Dr. Günter Bochmann, Senatsrat, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin
- Ernst Bürger, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Heinz-Rüdiger Fliege, Ministerialdirigent, Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ralf Gaumann, Ministerialrat, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Wiesbaden
- Annette Hengst, Referatsleiterin, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
- Manfred Hoffmann, Hauptgeschäftsführer, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Frankfurt am Main

- Michael Holst, Ministerialrat, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
- Susanne Oetzmann, Leitende Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
- Volker Oye, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin, Kommunaler Arbeitgeberverband Berlin, Berlin
- Bernd Pieper, Vorsitzender des Vorstands, Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Markus Putz, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
- Peter Rupprecht, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Mainz
- Karin Sachse, Regierungsdirektorin, Thüringer Finanzministerium, Erfurt
- Wolfgang Söller, Senatsrat, Die Senatorin für Finanzen, Bremen
- Dr. Emil Vesper, Hauptgeschäftsführer, Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal
- Dr. Franz-Eugen Volz, Ministerialrat, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
- Antje Wedepohl, Regierungsdirektorin, Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

#### Ausgeschiedene Mitglieder.

- Ernst-Günter Kapitza, Oberfinanzpräsident, Oberfinanzdirektion Hannover – bis 31. Januar 2010 –
- Wilfried Kley, Verbandsgeschäftsführer, Kommunaler Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein – bis 26. Juli 2009 –
- Tilo von Riegen, Ministerialrat, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein – bis 31. März 2010 –
- Klaus Schlegel, Ministerialrat a.D. – bis 31. Dezember 2009 –

## Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Kurt Martin (ver.di), Kerpen-Brüggen, Vorsitzender
- Jürgen Albinus (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Leipzig
- Matthias Berends (ddb tarifunion), Geschäftsbereich Tarif dbb tarifunion, Berlin
- Karl-Heinz Böhmländer (ver.di), Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, Ansbach
- Siegfried Damm (dbb tarifunion), VDStr.-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, Köln
- Siglinde Hasse (dbb tarifunion), dbb tarifunion, Berlin
- Hans-Jürgen Immerthal (ver.di), Jade Hochschule, Fachhochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth, Wilhelmshaven
- Axel Jahnz (ver.di), Otto-von-Guericke-Universität, Medizinische Fakultät, Institut für Pathologie, Magdeburg
- Ralf Kiefer (ver.di), Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg
- Gisela Kullack (ver.di), Berlin
- Cornelia Küchenthal (ver.di), Stadt Bochum, Bochum
- Peter Neumann (ver.di), ver.di Bundesverwaltung, Berlin
- Peter Rügner (ver.di), Zentrum für Psychiatrie Weinsberg, Weinsberg
- Werner Schwemer (ver.di), Stadt Lüneburg, Lüneburg
- Petra Stech (ver.di), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
- Meinolf Theiner (ddb tarifunion), Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Bernd Wolf (ver.di), Straßenbauamt Nordthüringen, Leinefelde-Worbis
- Dagmar Zeppa (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
- Ilona Ziesche-Grosse (ver.di), Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – Hauptstelle Rostock –, Pinneberg

## Vorstand.

### Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Präsident Wolf R. Thiel, Vorsitzender
- Richard Peters, hauptamtliches Vorstandsmitglied und Vertreter des Präsidenten
- Georg Geenen, hauptamtliches Vorstandsmitglied
- Knut Bredendiek, Geschäftsführer, Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Berlin
- Werner Brommund, Ministerialdirigent, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Anton Lieven, Ministerialdirektor, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Veit Mössler, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Kerstin Rudolph, Ministerialrätin, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
- Bernd Wilkening, Hauptgeschäftsführer, Kommunaler Arbeitgeberverband Niedersachsen, Hannover

### Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Ralf Barthel (ver.di), Hessische Bezügestelle, Kassel
- Peter Bepperling (ver.di), Wehrtechnische Dienststelle für Kraftfahrzeuge und Panzer, Trier-Grüneberg
- Wolfgang Feldmann (ver.di), Stadtwerke Kiel – Service GmbH, Kiel
- Helmut Overbeck (dbb tarifunion), dbb tarifunion, Berlin
- Norbert Stirnal (ver.di), Berliner Verkehrsbetriebe, Berlin-Schöneberg
- Hildegard Thor (ver.di), Bezirksregierung Arnsberg, Soest
- Michael Wiese (ver.di), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ulrich Wolters (ver.di), Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg, Cottbus

Karlsruhe, 11. Juni 2010

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder

Thiel

Peters

Geenen

## Bestätigungsvermerk.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 11. Juni 2010 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (VBL) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des hauptamtlichen Vorstands der VBL. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der VBL sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die



Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des hauptamtlichen Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VBL. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VBL und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Karlsruhe, den 11. Juni 2010

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dieter Wißfeld	ppa. Beate Heubrock
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 der VBL wurde hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis geprüft. Die Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich gegenüber dem Vorjahr beibehalten. Die Organe der VBL billigen den vorgelegten Bericht.



### Beschluss des Vorstands.

Der Vorstand billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2009.

Berlin, 25. November 2010

Der Vorsitzende des Vorstands

Präsident Wolf R. Thiel

### Beschluss des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2009.

Berlin, 26. November 2010

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Hartmut Möllring



# Immer erreichbar sein.

Von umfassend bis innovativ:  
Unser Onlineangebot im **VBL**portal.

Moderne Kommunikations- und Servicedienstleistungen: Über das **VBL**portal erhalten Arbeitgeber, Versicherte und Rentner jederzeit Auskünfte rund um die betriebliche Altersvorsorge. Dabei wird das Portal unter [www.vbl.de](http://www.vbl.de) ständig an die Bedürfnisse unserer Kunden angepasst. Für Arbeitgeber bietet es effiziente Online-Prozesse zur Optimierung der Kommunikationswege und der Zusammenarbeit mit der VBL. Für Versicherte geben fünf praktische Online-Rechner schnelle Antworten auf die individuelle Rentensituation und den Rentenbedarf. Zusätzlich informiert der **VBL**newsletter persönlich und individuell über aktuelle Themen und Wissenswertes.





## Schiedsgericht.

### Erste Kammer.

- Klaus Fiebig, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, München, Vorsitzender
- Dr. Isabella Bernt, Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, München, Beisitzerin
- Herbert Zue (ver.di), Straßen- und Wasserbauamt, Pfarrkirchen, Beisitzer
- Dr. Michael Brokamp, Richter am Oberlandesgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Stephan Necknig, Richter am Amtsgericht, München, stellvertretender Beisitzer
- Claudia Rahn (dbb beamtenbund und tarifunion), dbb beamtenbund und tarifunion, Berlin, stellvertretende Beisitzerin

### Zweite Kammer.

- Rolf Rainer Rühling, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vorsitzender
- Dr. Harald Hesral, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Beisitzer
- Reinhard Henning (ver.di), Infanterieschule, Hammelburg, Beisitzer
- Hans Peter Spiegl, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Ricarda Ziestler, Verwaltungsoberärztin, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd – Standort München, München, stellvertretende Beisitzerin
- Marion Bayer-Kulot (ver.di), Stadt Herne, Herne, stellvertretende Beisitzerin

### Ausgeschiedene Mitglieder:

- Heino Gans, Richter am Oberlandesgericht München a.D.,  
– bis 31. Dezember 2009 –
- Manfred Fuchs, Richter am Oberlandesgericht München  
– bis 2. November 2009 –

## Oberschiedsgericht.

- Prof. Dr. Thomas Wagenitz, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Vorsitzender
- Bernd Heß, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe a.D., Stutensee-Blankenloch, Beisitzer
- Joachim Schäfer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe a.D., Plankstadt, Beisitzer
- Dr. Marco Deichmann, Richter am Oberlandesgericht, Frankfurt am Main, Beisitzer
- N. N.
- Bettina Gammel-Hartmann (ver.di), Amtsgericht München, München, Beisitzerin
- Klaus Hilpert (ver.di), Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt, Würzburg, Beisitzer
- Hans-Joachim Dose, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Vertreter des Vorsitzenden
- Anette Schmidt, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Mainz, stellvertretende Beisitzerin
- N. N.
- Johannes Rautert, Präsident des Sozialgerichts Trier a.D., Kasel, stellvertretender Beisitzer
- Michael Frey (ver.di), Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein, Kiel, stellvertretender Beisitzer
- N. N.
- N. N.

## Ausgeschiedene Mitglieder:

- Dr. Friedrich Blumenröhr, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a.D.  
– bis 15. Oktober 2009 –
- Dr. Antje Krüger, Richterin am Oberlandesgericht Karlsruhe  
– bis 4. April 2010 –

